

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

565

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. **Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Verlagsstempel** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 196.

Dresden, Dienstag den 25. August 1908.

19. Jahrg.

## Ergebnisse der Berufs- u. Betriebszählung

Während die norddeutschen Staaten mit der Aufarbeitung der Hauptergebnisse der Berufs- und Betriebszählung noch im Rückstande sind, liegen aus Bayern, Württemberg und Elsaß-Lothringen bereits wichtige Mitteilungen vor.

Die Hauptergebnisse der Zählung in Württemberg und in Elsaß-Lothringen stimmen, wie die hies. Ztg. ausführlich, fast bis auf die Einzelheiten überein; in beiden Ländern steht die berufliche und soziale Entwicklung der Bevölkerung unter dem Zeichen der fortschreitenden Industrialisierung des Landes; die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt zugunsten der gewerblichen ab; die Zahl der in Gewerbe und Handel Beschäftigten findenden selbstständigen Personen wächst in fast geometrischer Progression. Obwohl die Gesamtbevölkerung seit der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1882, also seit 25 Jahren, in Württemberg eine Zunahme von 380 350, in Elsaß-Lothringen von 280 669 Personen aufweist, hat doch die landwirtschaftliche Bevölkerung während dieses Zeitraums in letzterem Lande um 77 446, in Württemberg um 61 754 Personen abgenommen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist in den letzten 25 Jahren in Württemberg von 48,2 Prozent auf 37,7 Prozent, in Elsaß-Lothringen von 41,9 Prozent auf 31,2 Prozent gesunken. Besonders bedeutsam und für alle Agrarpolitiker interessant ist die Tatsache, daß sich auch die Zahl der selbstständigen Landwirte seit der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1885 in Elsaß-Lothringen um 7662, in Württemberg um 10 631 verringert hat. Das Statistische Bureau für Elsaß-Lothringen weist nach, daß die Wänsche der selbstständigen Betriebe hauptsächlich auf die Größenklassen von 50 Ar bis 3 Hektar sowie von 20 bis 100 Hektar entfällt; in ersterer Größenklasse beträgt die Abnahme 8050, in letzterer 249. Zugunommen hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den Größenklassen von unter 20 Ar im ganzen um mehr als 18 000 Betriebe. Für Württemberg liegt das Ergebnis der landwirtschaftlichen Betriebszählung noch nicht vor. Je mehr man die landwirtschaftliche Bevölkerung absolut und relativ abnimmt, desto mehr verlegt sich der Schwerpunkt der Volkswirtschaft in den genannten Ländern auf die Berufsabteilungen Industrie, Handel und Verkehr. In Württemberg hat sich seit der letzten Berufs- und Betriebszählung von 1885 die auf die Berufsabteilungen Gewerbe, Handel und Verkehr entfallende Bevölkerung insgesamt um 271 540, in Elsaß-Lothringen um 190 287 Personen vermehrt, oder anders ausgedrückt: in Württemberg entfallen auf die genannten Berufsabteilungen 49,6 Prozent, in Elsaß-Lothringen 52,6 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Es sei noch auf eine Erscheinung hingewiesen, die in beiden Ländern übereinstimmend festgestellt worden ist: auf die stärkere Heranziehung von bisher beruflosen Angehörigen, besonders des weiblichen Geschlechts, zur Erwerbstätigkeit. Es sind in Elsaß-Lothringen gegenüber der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1885 über 145 000, in Württemberg über 212 437 Erwerbstätige mehr gezählt worden; unter diesen waren in Württemberg 131 365, in Elsaß-Lothringen 67 000 Frauen; die Zunahme erwerbstätiger Frauen seit 13 Jahren beträgt in Elsaß-Lothringen 28, in Württemberg 51,4 Prozent. Auch Bayern zeigt eine zunehmende Industrialisierung. Die absolute Zunahme der in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft Erwerbstätigen um 1885 bis 1907 betrug 11 462 Personen, in der Landwirtschaft allein nur 1397. Die Zunahme in Industrie und Gewerbe dagegen betrug 404 903, in Handel und Verkehr 200 672. Während die Zunahme der Berufsangehörigen in Landwirtschaft und Forstwirtschaft zusammen nur 0,4 Prozent, in der Landwirtschaft allein sogar nur 0,05 Prozent betrug, nahmen die Berufsangehörigen (Erwerbstätige mit Dienenden und Angehörigen) in der Industrie um 22,6 Prozent, in Handel und Verkehr um 35,5 Prozent zu. Von 100 Erwerbstätigen in Bayern gehörten an:

	1882	1895	1907
Land- und Forstwirtschaft	50,9	45,8	40,3
Gewerbe und Industrie	28,3	31,0	33,3
Handel und Verkehr	8,3	9,8	11,8
Dienst- u. Dienste, freie Berufe	0,7	0,8	0,9
Unselbstständige	4,7	5,1	5,2
Unselbstständige	7,1	7,5	8,7

Demnach beschäftigten sich mit der Land- und Forstwirtschaft 1882 noch etwas mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung, während damals nur 36,8 Prozent den Gruppen Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr angehörten. Die letzte Zählung ergab, daß nur noch 40,3 Prozent des bayerischen Volkes landwirtschaftlich tätig waren, dagegen 44,9 Prozent in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr.

Ein weiteres volkswirtschaftlich höchst wichtiges Ergebnis der Berufs- und Betriebszählung von 1907 ist die starke Verminderung der selbstständigen Erwerbstätigen. Es haben sich seit 1895 verringert (—) resp. vermehrt (+):

	Erwerbstätige mit Dienenden u. Angehörigen	Erwerbstätige für sich
Selbstständige	— 59 236	+ 5 779
Angehörige	+ 119 655	+ 48 796
Arbeiter	+ 866 608	+ 606 351

Also auch in Bayern, dem industriell relativ noch gering entwickelten Lande, haben sich die wirtschaftlich selbstständigen Erwerbstätigen vermindert und der wirtschaftlich abhängige, zum Teil proletarisch lebende Bevölkerungsteil hat sich ungeheuer ver-

meehrt. Diese Entwicklung zeigt sich in allen Hauptgruppen. Von 100 Erwerbstätigen waren:

	Selbstständige	Angehörige	Arbeiter
Landwirtschaft	1895 1907	1895 1907	1895 1907
Industrie	32,0 25,6	0,3 0,3	67,8 74,1
Handel	29,5 21,7	2,9 5,2	67,6 73,1
Handel	35,9 28,5	9,4 11,3	54,5 60,2
Zusammen	31,5 24,7	2,1 3,2	66,4 72,1

Die zur Widerlegung der sozialdemokratischen Gesellschaftskritik beliebte Behauptung, es sei nicht wahr, daß ein immer geringerer Teil des Volkes wirtschaftlich selbständig bleibe, wird nun auch durch die bayerische Volkszählung als haltlos erwiesen. Wenn in einem deutschen Bundesstaate, dann wären in dem sehr stark landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Bayern die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung und das Aufkommen eines wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes gegeben. Bayern besitzt von allen größeren Bundesstaaten die relativ geringste entwickelte Großindustrie; auch der landwirtschaftliche Großbetrieb spielt in Bayern eine weit geringere Rolle wie in Ostelbien. Trotzdem ist auch in Bayern die Tendenz zur Verminderung der wirtschaftlich Selbständigen und zur Proletarisierung immer bedeutenderer Volksmassen unübersehbar.

## Menichenopfer des Bergbaus.

Das neuerliche große Grubenunglück auf der fiskalischen Grube Dudweiler im Saargebiet hat die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Berufsgefahren des Bergmanns gelenkt. Sie sind trotz der gegenteiligen Versicherungen nicht geringer, sondern größer geworden. Das schon herausgegebene 1. statistische Heft der ministeriellen Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Sültenwesen bringt für unsere Bergarbeiter sehr ungünstig aussehende Zahlen. Noch in keinem Jahre waren die vom Bergbau Betroffenen geforderten Menichenopfer so zahlreich wie 1907. In diesem Jahre sind 1473 Bergarbeiter getötet worden! Ueber 400 mehr wie jährlich während der unglückseligen Periode 1901 bis 1905! Relativ erhöht sich 1907 die bergmännische Letztziffer über die weitaus meisten Jahresdurchschnittsziffern seit 1861. Von 1000 Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erz- und Salzbergleuten in Preußen verunglückten 1861/62 2,167, 1867/80 2,465, 1881/90 2,455, 1891/1900 2,185, 1901 bis 1905 1,861 und 1907 2,247.

Eine wesentliche Verringerung der Todesfälle im Laufe der letzten vier Jahrzehnte ist also nicht zu konstatieren; vielmehr ergibt ein spezieller Vergleich mit den Unfallzahlen vor mehr als 40 Jahren eine Zunahme der Arbeiterverunfallungen.

Vergleicht man die Unfälle in den Hauptkohlenbezirken, so stellt sich überall eine vermehrte Arbeitersterblichkeit heraus. Es verunglückten pro 1000 Bergarbeiter in:

	1901/1905	1907
Ober-Schlesien	2,157	2,514
Nieder-Schlesien	1,399	1,599
Ruhrgebiet	2,112	2,151
Saargebiet	1,367	4,412
Nach-Lothringen	1,665	1,796

Tragbedauernd ist auf alle Fälle das relativ starke Wachsen der Unfälle seit Inkrafttreten der Bergarbeiter-Schutzgesetzgebung vom Jahre 1905. Dieses Gesetz hat, wie die Praxis lehrt, sich als unwirksam für den Arbeiterdamm erwiesen, was die Arbeiterführer voraussetzten und weshalb sie gegen das Gesetz opponierten. Die erschreckend hohe Unfallsziffer im fast nur fiskalischen Saargebiet ist die Folge von zwei Massenunfällen (Reben und Matzelsbach), die allein fast 200 Menschen das Leben raubten. Doch nun schon wieder der angebliche „Musterbergbau“ im fiskalischen Saargebiet ein Massenunglück (Dudweiler) zu befehlen hat, spricht nicht zugunsten der hiesigen Werke. Hier werden nach der Versicherung der Regierungskreise die gesetzlichen Schutzmaßnahmen besonders peinlich durchgeführt; infolgedessen darf behauptet werden, daß die Bergarbeiter-Schutzbestimmungen durchaus ungenügend sind.

Hauptsächlich verunglücken die Bergarbeiter durch Stein- und Kohlenfall. Er tötete letztjährig sofort 470 Bergleute, 163 wurden durch Schlagwetter getötet, 207 durch Sturz in Schächten und durch mechanische Fördererleistungen, 159 bei der Fahrt in Schächten, 51 bei der Schiebarbeit; 207 kamen bei der Uebertragungsarbeit zu Tode. Die Verunglückungen infolge von Explosionen haben sich absolut und relativ erfreulichweise erheblich verringert, und zwar von 0,62 pro 1000 Arbeiter in der Periode 1891/1900 auf 0,17 pro 1000 in der Zeit 1901/1905. 1906 ging die Ziffer weiter auf 0,10 pro 1000 zurück, schmolte aber 1907 wieder auf 0,46 pro 1000 empor. Immerhin zeigt gerade das ziemlich stetige Herabgehen dieser Unfallsziffer, daß es wohl möglich ist, die angeblich „unabwendbaren Berufsgefahren“ mit Hilfe der Technik bedeutend abzumildern. Der Umstand, daß die Unfallsfälle infolge von Stein- und Kohlenfall, noch mehr aber die Verunfallungen infolge von mechanischen Fördererleistungen zunehmen, beweist die Vermehrung der Betriebsgefahren durch das eingetretene rasende Betriebstempo. Mit dem Einsetzen der steten Geschäftsperiode beginnt auch die Unfallvermehrung. Von 1000 Arbeitern verunglückten

1904: 1,705, 1905: 1,744, 1906: 1,836 und 1907: 2,247. Der enge Zusammenhang zwischen Unfallvermehrung und Geschäftskonjunktur ist unübersehbar. Dadurch ist auch des Uebels Kern aufgezeigt: die Abkehrung der Arbeiter!

Mit der billigen Redensart, der Bergbau werde stets Menschenopfer fordern, kommt man nicht über die Tatsache hinweg, daß in anderen bergbau-treibenden Ländern die Bergmannsverunfallungen bedeutend geringer sind wie bei uns. In dem an Alter und Ausdehnung dem preussischen weit übertragenden englischen Kohlenbergbau verunglücken jetzt relativ über 40 Proz. weniger Menschen wie vor 30 bis 40 Jahren. 1873/82 wurden im englischen Kohlenbergbau 2,24 von je 1000 Arbeitern getötet, 1883/92 waren es 1,81 1893/1902 nur noch 1,39 und 1907 sind es 1,32 gewesen! In preussischen Kohlenbergbau verunglückten 1907 tödlich 2,397 von 1000 Arbeitern, das sind 72 Proz. mehr als in England. Diese markante Tatsache ist doch nicht zu übersehen.

Von 1900 bis inklusive 1907 sind im preussischen Bergbau 8886 Arbeiter tödlich verunglückt, jährlich über 1000 Menschenleben direkt vernichtet, ungerachtet der Berksrüppel! Das bedeutet auch große volkswirtschaftliche Verluste, um auch diese Seite der traurigen Sache hervorzuheben. Die Reduzierung der Bergarbeiterzahl um mehr als tausend pro Jahr kommt einem vielfachen Millionenverlust gleich. Wenn auch die Getöteten durch Tausende andere „Hände“ ersetzt werden: die rapide Degeneration der gekühten Arbeiter muß naturgemäß die Qualität der Belegschaften vermindern. Deshalb sollten die Bergwerksunternehmer im eigenen Interesse die wohl begründeten Arbeiterforderungen keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sich selbst sagen, daß die größtmögliche Vericherung des Arbeiterdammes auch im wirtschaftlichen Interesse des Bergwerksunternehmens liegt. Allerdings ist bei der bekannten sozialpolitischen Einseitigkeit gerade dieser Unternehmerkategorie einzuwirken nicht auf deren Umkehr zu vernünftigeren Anschauungen zu hoffen. Den Bergarbeitern liegt es ob, mittels verstärkter Organisation sich besseren Lebensbedingungen zu erzwingen.

## Politische Ueberblick.

### Nach der Niederlage Abdul Ahs'.

Die neue Situation in Marokko nach den Erfolgen Mulet Hafids erklärt es, daß sich die Mächte beileben, Stellung zu ihm zu nehmen. Abdul Ahs ist nicht nur der vollständig Gescheitene, ihm bleibt auch die bittere Erfahrung nicht erspart, daß man im Unklug die letzten Freunde verliert. Der Freund des Deutschen Kaisers, der von Frankreich so hilfreich unterstützt, ist heute ein toter Mann.

Nach dem Eintreffen der Meldungen von der endgültigen Niederlage Abdul Ahs' wurde von verschiedenen Seiten die Meinung ausgesprochen, die Regelung des Verhältnisses der Mächte zu Marokko werde am einfachsten durch Einberufung einer neuen Konferenz der Mächte zu erreichen sein, die die Algeciras-Acte unterzeichneten. Es ist nun überaus charakteristisch, daß wohl überall betont wird, ein einheitliches Vorgehen der Mächte sei unerlässlich, daß man aber doch nirgends ein Verlangen nach einer neuen Algeciras-Konferenz verspürt. Es ist sehr beachtenswert, daß in einem offenbar von der Regierung inspirierten Artikel des Petit Parisien vor einer neuen Konferenz gewarnt wird, daß man offen von „einfacheren und weniger gefährlichen Mitteln“ spricht, durch die man das entsprechende Verhältnis der Mächte zu Marokko regeln könne. Auch in London scheint man die Abneigung gegen eine neue Konferenz zu teilen. Jedenfalls fürchtet man mit Recht, daß eine Revision der Bestimmungen der Algeciras-Acte neue Komplikationen schaffen könnte, die auf der einen Seite neue Spannungen unter den beteiligten Mächten hervorrufen müßten und auf der anderen Seite Anlaß zu neuen schweren Erschütterungen Marokkos geben könnten. Eine solche Konferenz würde sich nicht allein mit der Frage der Anerkennung des Siegers Mulet Hafid zu beschäftigen haben, sondern sie hätte nur dann Zweck, wenn sie sich mit der Frage der Bedingungen auseinandersetzte, unter denen die Anerkennung zu erfolgen hätte. Und solche Erörterungen könnten nur das Resultat haben, daß bereits angedeutet wurde. Darum auch die Abneigung gegen die Einberufung einer neuen Konferenz.

Die Stellungnahme der französischen Regierung kommt in dem folgenden Telegramm zum Ausdruck:

Paris, 24. August. Der Petit Parisien, der häufig als Sprachrohr der Regierung benutzt wird, erklärt heute: „Wir haben gestern die Regierung über das Programm befragt, das sie jetzt in Marokko zu befolgen gedenkt, und wir brauchen kein Demoni zu fürchten, denn unsere Informationen entkommen der zuverlässigsten Quelle. Diese Absichten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Es war stets selbstverständlich, daß Frankreich sich nicht in innere Angelegenheiten Marokkos einmische. Als Mulet Hafid in Marokko einzog, kündigte unter Blut an, daß Frankreich ihn unter gewissen Bedingungen internationaler Natur und auch unter gewissen Bürgschaften anerkennen werde. Unter Artikel machte einiges Aufsehen, und die deutschen Mitglieder kommentierten ihn in langen Ausführungen. Er entspricht noch heute genau den Umständen, die zur Ausführung gelangen werden. Da der Zusammenbruch des Abdul Ahs' künftighin als definitiv gelten muß, so werden die Mächte sich zunächst verständigen müssen, wer jetzt der wahre Sultan ist. Die Unterzeichner der Acte von Algeciras haben sich in Vorschlägen, die bereits von



bei Monaten hantieren und in denen die völlige Uebereinstimmung der Interessen...

Paris, 21. August. Rüssel, der französische Botschafter in Berlin...

London, 21. August. Die Morgenblätter berichten die Niederlage des...

Wien, 21. August. In einer Rede vor dem österreichischen Reichsrat...

Zürich, 21. August. Die Reichsliste des Bundes ist durch den...

Deutschland und England.

Die Reduktion des Tabakverbrauchs hat den Genossen Edward...

Die Sozialdemokratische Presse sehr genau verfolgt, mußte sie wissen...

Der Artikel Brenkeins bildet den Anfang einer Reihe von...

Deutsches Reich.

Licht- und Elektrizitätssteuer.

Den Verbänden einer Licht- und Elektrizitätssteuer vertritt auch der...

Schlüsselpunkte an Betriebskraft. Dies genügt ihnen aber nicht, es...

Die Viehergärten.

Dieser Tage teilen wir mit, daß in Hannover einige unserer...

Eine solche Begründung mag etwas für sich haben, wenn man...

Stellt man sich aber auf den Standpunkt, den J. B. das...

Es ist bekannt und vom Reichsverband bei verschiedenen...

In einem seiner Flugblätter schreibt der Reichsverband, daß die...

Sehen wir aber selbst von allgemeinen Uebereinstimmungen...

Die Sozialdemokratische Presse sehr genau verfolgt, mußte sie wissen...

Das die Reduktion der Reichsverbandskorrespondenz die...

Auf Grund solchen Materials müßte jeder Richter, ob er...

Berlin, 25. August. Wie aus Hülum verlautet, beschloß das...

Der U. M. meldet: Der Urlaub, den der Schleswiger Regierungsrat...

Disziplinverfahren zusammen. In dem dem Regierungsvorstand...

Die Hoffnungen des Bloclpolitik auf einen Sieg der „guten...

Das Experiment mit der Jugendmündigkeit.

Nachdem bereits die Fortsetzung des Jugendmündigkeitsverfahrens...

Dazu bemerkt die Frankfurter Zeitung: „Wir bezweifeln es, daß die...

Die Frankfurter Zeitung gibt sich übertriebenen Hoffnungen...

Selbstsch.

Artikel 18 der hessischen Verfassung lautet: „Alle Hessen sind...

Einigenmaßen gespannt darf man sein, wie sich die...

Die Antwort auf die Fragestellung. Die Gemeinde hat bei...

Nach dem Diktorenrat des Hohenzollernreiches. Im...

Kleine politische Nachrichten. Aus Rotterdam wird dem...

Rusland.

Portugal.

Die portugiesische Presse...

Ullmann, 24. August. (U. L.) Die portugiesische Presse...



### Neues aus aller Welt.

**Berlin, 24. August.** Kuffchen lief in der vergangenen Nacht ein blutiger Bergang auf der Stadtbahn herab. Der 25jährige Kaufmann Walter Kuffchen aus der Wilmstraße 85 hatte gestern mit seiner Frau einen Ausflug nach dem Grunewald unternommen. Nachts fuhr das Paar mit dem letzten Zuge nach Berlin zurück. Während der Fahrt kam es zwischen beiden zu Auseinandersetzungen. Kurz vor der Endstation am Potsdamer Bahnhof zog K. plötzlich ein dolchartiges Messer aus der Tasche hervor und stieß es sich vor den Augen der entsetzten Frau und der andern Fahrgäste mit voller Wucht in die linke Brustseite. Die Wundwunde brach die Lebensmilde zusammen. Vom Potsdamer Bahnhof wurde er nach dem Krankenhaus transportiert, wo er in sehr bedenklichem Zustande dancberliegt. Die Messerspize war bis unmittelbar am Herz herangekommen.

**Thorn, 24. August.** Heute früh wurde auf dem Wege vom Selbstfänger Torz zur Hofstra die Bespannungsteilung der Panonier-Louisfont von der 2. Kompanie des 11. Puhartillerie-Regiments ermorde aufgefunden. Er ist anscheinend nach heftigem Kampfe mittels seines eigenen Seitengewehrs erstochen worden.

**Olbing, 24. August.** Am Sonntag abend küllig im Olbinger See ein Boot um. Zwei Männer sind ertrunken. Zwei Personen konnten sich durch Schwimmen retten. Die Leichen der Ertrunkenen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

**Dresden, 24. August.** Die hiesige Strafkammer verurteilte den Agenten Weiss wegen der am Kardinal Kopp verübten Ermordung sowie wegen Betrugs und Unterschlagung zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis, nachdem das Reichsgericht die früher auf 4 Jahre lautende Verurteilung verworfen hatte.

**Halle a. S., 24. August.** Unter dem Verdachte des Giftmordes, begangen an dem Restaurateur Bloch, der morgens tot vor seinem Bett aufgefunden wurde, sind dessen Witwe und deren Brautigam verhaftet worden.

**Wetterbericht von der Wetterkammer an der Aug. -Hauptstadt**  
am 25. August, mittags 12 Uhr.  
Barometer: 751. Veränderlich.  
Thermometer: + 20° F.  
Thermometergraph: Min. + 16, Max. + 21.  
Sonnenschein: 65%.  
Wasserstand: - 181.

**Wetterprognose des Sächsl. Meteorologischen Instituts zu Dresden**  
für den 25. August 1903:  
Mäßige Luftströmung, zwischen Südost und Südwest wechselnd; veränderlich; Temperatur nicht erheblich geändert; kein erheblicher Niederschlag.

### Letzte Telegramme.

**Die bayerische Budgetbewilligung.**  
**München, 25. August.** (Privattelegramm.) Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages erklärte gestern in einer Parteiverammlung ihren Hochschätzungsbericht. Die Abgeordneten Timm und Müller referierten. Genosse Müller konstatierte ausdrücklich, daß die Zustimmung zum Budget in erster Linie nicht von den Akademikern der Fraktion, sondern von den Arbeitern in ihr angelegt und nachdrücklich bekräftigt sei. Die Rechtfertigung der Abstimmung der Fraktion fand bei der Versammlung lebhaften Beifall. In der Debatte, in der sich kein Gegner zum Wort meldete, wurde erklärt, es hätte eine scharfe Kopfschüttel gegeben, wenn diesmal dem Budget nicht zugestimmt worden wäre. Gegen 6 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die den sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten volle Anerkennung für ihre Tätigkeit ausdrückt. Die Versammlung begrüßt es, daß die Münchner sozialdemokratischen Abgeordneten unter strenger Beachtung der sozialdemokratischen Prinzipien die Interessen ihrer Wähler, der Gesamtbevölkerung und des württembergischen Volkes wirksam, nachdrücklich und erfolgreich vertreten hätten. Die Zustimmung sei die logische Konsequenz der Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die geringsten besonderen Gründe seien gegeben, die laut des bayerischen Parteitagbeschlusses eine Annahme des Budgets rechtfertigen.

**Die Wirtungen.**  
**Magdeburg, 25. August.** (Privattelegramm.) Hier fand gestern abend eine von 5000 Personen besuchte Parteiverammlung gegen die Verträge der Polizei gegen das Reichsvereinsgesetz statt. Es wurde beschlossen, die Situation durch eine rege Mitgliederwerbung auf dem Wege der Hauszusage auszufüllen.

**Erfolgreicher Ausfall.**  
**Kassel, 25. August.** (Privattelegramm.) Die Stufkateure Kasseis haben den am 16. August begonnenen Streik erfolgreich beendet, der Forderung des Mindestlohnes zugestimmt und eine Lohnerhöhung von 25 Pf. vom 1. Juli 1904 an bewilligt. Der abgeschlossene Tarif hat eine dreijährige Dauer.

**Reichstagsverfassung.**  
**Königsberg, 25. August.** Die Reichstagsverfassung in Memel-Bezirkung findet am 2. Oktober statt. Der Entwurf des Reichs-Bezirksverfassungsgesetzes hat eine rege Bekanntheit erfahren, daß der Abschluß der Wählerlisten keine Schwierigkeiten zu machen sind.

**Karriere.**  
**Frankfurt a. M., 25. August.** Die landwirtschaftliche Genossenschaft für Oberhessen wählte in ihrer Generalversammlung den wegen Unterschlagung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilten Landtagsabgeordneten Hirschel einstimmig wieder zum Direktor, trotzdem er die Kasse gelehrt und 30000 M. uneinbringlich und eigenmächtig ausgegeben hatte.

**Ueberfall auf einen Posten.**  
**Wetz, 25. August.** Auf dem Posten Wetz wurden nachts gegen einen Postboten drei Revolverhiebe aus dem Hinterhalt abgegeben. Der Posten feuerte drei Schüsse auf den unbekanntem Angreifer ab, der jedoch entkam.

**Marokko.**  
**Paris, 25. August.** Aus Kiffa wird gemeldet, daß die Mahalla des Kaisers Saouda Abdul Nis für des Thrones veräußert und Muley Hafid zum Sultan ausgerufen habe. Aus allen Hafenstädten liegen Meldungen vor, daß die Beomien Muley Hafid anerkennen. Abdul Nis und seine aus seiner Umgebung erzählten in Setrat, das kaum 5 Minuten nach dem mit wildem Geschrei begonnenen Ueberfall der Glanzkolonne die Schaulaute der Oberirdischen Mahalla sich der Gefängnisbewachung bemächtigt. Was überhört an Maulierern vorhanden war, dients ihnen zur Flucht. Zu weiten hinten sie oft auf einem Maulier. Die Maulierkette brach wurde niedergemacht. Was aus den Gefangenen geworden ist, wisse nur Allah. Dem Sultan gelang es nach muslimänischer Sitte, den Namen der Dardudum zu erreichen. Dort hielt er sich in einfacher Tracht verborgen und erreichte dann Seltat auf Schleichwegen.

**Die Brandstiftung in Konstantinopel.**  
**Wien, 25. August.** (P. M.) Aus Konstantinopel wird berichtet, daß bei dem großen Brande nicht nur Kirche, Grotte und kleine Häuser, sondern auch Feuerwehrenten umgelommen sind. — Wichtig bei den Arbeiten war nur der Berufsfeuerwehr unter Scharif-Pasha. Die „wilden Feuerwehren“ kamen sechs Stunden weit gelaufen, mit Handkräften auf den Schaltern, aber nicht um zu löschen, sondern um Leute zu machen. Es wurde der Beschluß gefaßt, die ganze Feuerpolizei gründlich umzuorganisieren. Der ungedeckte Schaden, den der Brand verursacht, ist unerschätzbar, weil sich die Versicherungsgesellschaften nicht weigerten, die Holzbaustandartiere zu versichern.

**Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.**

1. Ich hielt es für nötig verkehrt, bei jeder Gelegenheit gleich nach dem Ausschluß zu rufen, wenn Genossen einen wirklichen oder vermeintlichen Mißgriff begehen, und mit dem Rathos der stillen Entrüstung, das gewisse Leuten so reichlich zu Gebote steht, die „Berräter an der Arbeiterklasse“ in Grund und Boden zu verdammern. Diese Rednerregeln, die einem mittelalterlichen Großinquisitor alle Ehre machen würde, ist unlogisch und verfehlt gegen die Grundzüge der wahren Toleranz; sie schneidet sehr nach dem Verfall der „alleinseitigmachenden Seite“ gegenüber den Andersdenkenden und vertritt sich nicht mit dem Wesen einer Partei, wie der sozialdemokratischen, die auf dem Standpunkte der Entschuldigungslehre steht. Also etwas mehr Toleranz — das ist die erste Forderung.

2. Ich wies darauf hin, daß schon in früheren Jahren ähnliche Entschuldigungsregeln die Reihen der Parteigenossen durchschnitten, und daß schon zu verschiedenen Malen der Ruf: „Raus!“ ertönte, daß es aber hinterher ganz still wurde und daß ihre Taktik und ihre Auffassung die maßgebende geworden ist. Also etwas mehr Vorsicht — das ist die zweite Forderung.

3. Ich machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, den Standpunkt der süddeutschen Genossen zu beurteilen und zu entscheiden, ob sie sich mit Recht oder mit Unrecht auf den Schluß der bayerischen Resolution stützen. Ob „winnende, in besonderen Verhältnissen liegende Gründe“ vorhanden sind, die eine Zustimmung zum Budget rechtfertigen — wer soll dies entscheiden? Ein logisch denkender Mensch würde sagen, daß die süddeutschen Genossen hierzu wohl besser in der Lage seien, als wir Hamburger, weil sie die Verhältnisse doch wohl genauer kennen und besser beurteilen können. Es bedarf nur der Logik, einfach zu behaupten, daß der Standpunkt der Süddeutschen falsch ist, man muß es beweisen, und das würde uns wohl schwer fallen. Also etwas mehr Bescheidenheit — das ist die dritte Forderung.

4. Ich hob hervor, daß die Disziplin eine gute Sache ist, die von einer kämpfenden Partei nicht entbehrt werden kann, daß aber auch das selbständige Denken und Handeln notwendig ist. Unsere Partei ist kein Kriegsheer oder keine Kirche, in der Kadavergehorsam herrscht, sondern ein Bund freier, selbstbestimmter, urteilfähiger Menschen, deren Ueberzeugung respektiert werden soll. Und in diesem Sinne stütze ich das Wort des Apostels Paulus: „So bezieht nun in der Freiheit und laßt euch nicht wieder in das menschliche Joch fangen!“ Jede Partei muß ihren Anhängern einen gewissen Zwang auferlegen, aber dieser Zwang darf nicht zu einem geistigen Druck ausarten. Also etwas mehr Geistesfreiheit — das ist die vierte Forderung.

5. Ich bedauerte es, daß uns bislang so wenig ausreichendes Material zur Verfügung steht, um objektive, ohne Vorurteilsgewissenheit, ein definitives Urteil abgeben zu können, und erklärte deshalb, daß ich das Verhalten der süddeutschen Genossen weder rechtfertigen, noch verdammen könne, da ich nicht genügend unterrichtet sei. Bislang erscheine mir die Sachlage — trotz der sehr interessanten Zeitungsartikel — noch zu wenig geklärt und es sei deshalb wohl das Richtige, den Parteitag abzusagen, die Weiterverhandlungen der Süddeutschen zu lesen und dann zu urteilen. Also audiat et altera pars (Eines Rannes Red ist keine Red) — das ist die fünfte Forderung.

6. Endlich erklärte ich mir als ein Verstoß gegen die sozialistischen Prinzipien den süddeutschen Genossen einfach den guten Willen abzusprechen und ihnen den Vorwurf zu machen, daß sie absichtlich die Arbeiterbewegung schädigen und in ein falsches Fahrwasser bringen wollten. Ich meine vielmehr, daß auch sie, gerade wie wir, von der besten Absicht befeuert seien, der Arbeiterklasse zu nützen; schlugen sie falsche Wege ein, so möge man sie belehren und auf den rechten Weg zurückführen, nicht aber, als ob sie Schulden wären, mit Prügel zu bestrafen. Also etwas weniger schulmeisterliche Ueberhebung und etwas mehr brüderliche Liebe — das ist die sechste, allerdings noch lange nicht letzte Forderung.

In dritten Hamburger Wahlkreis haben nunmehr sämtliche Distrikte zur Tagesordnung des Parteitagbeschlusses Stellung genommen. Ueberall wurde der Disziplinbruch der süddeutschen Parteiparlamentarier lauter verurteilt und gefordert, die Hamburger Delegierten sollen auf dem Parteitag so wirken und stimmen, daß den schuldigen Genossen die schärfste Mißbilligung vom Parteitag ausgesprochen werde.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Mellungen hat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Kassel getagt. Zur Budgetbewilligungsfrage wurde folgende, vom Genossen Schwidemann eingebrachte und begründete Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Mellungen spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über die neuen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, betreffend die Frage der Budgetbewilligung.“

Sie bedauert, daß diese Auseinandersetzungen notwendig geworden sind infolge des Verhaltens der Landtagsfraktionen in Baden und Bayern und des dazwischen Landesvorstandes.

Die Ausnahmefälle, die nach der bekannten Südbader Resolution die Zustimmung zum Budget als zulässig erscheinen lassen, können nach Ansicht der Generalversammlung weder für das bayerische noch für das badische Budget als gegeben zuzustehen werden.

Demnach stellt die Zustimmung der genannten Fraktionen zu den Landesbudgets kein politischer Fehler dar, sondern nur ein bedauerliches Nichtachten eines zu Recht bestehenden Parteitagbeschlusses.

Die Generalversammlung sieht einen Parteitagbeschlusses keineswegs als unantastbar an, betont vielmehr das ausdrückliche Recht eines jeden Genossen, auf eine Veränderung oder Beilegung früherer Beschlüsse hinzuwirken. Auf jeden Fall muß aber im Interesse der Parteidisziplin, und damit der Partei selbst, verlangt werden, daß jeder Parteigenosse zu Recht bestehende Parteitagbeschlüsse beachtet.“

**Ans den Organisationen.**  
In Sorau fand am 16. August die Kreis-Generalversammlung für Sorau-Jork statt, von 25 Delegierten besetzt. Die Kreisliste hatte im Berichtsjahre eine Einnahme von 4887,39 Mark, der eine Ausgabe von 3261,22 Mark gegenübersteht. An Gesamtbeitrag hat der Kreis Sorau-Jork 1743,50 Mark. Die Organisation hat 1076 Mitglieder. — Das Einheitsstatut für die Kreise der Mark Brandenburg wurde mit einigen materiellen Veränderungen angenommen; unter anderem wurde beschlossen, an das Provinzialsekretariat statt der verlangten 5 Pf. pro Woche nur 3 Pf., also 10 Pf. abzuleistern. Der Kandidat des Kreises, Genosse Mauerbrecher, hatte in einem längeren Schreiben sein Reichstagsmandat in die Hände der Genossen zurückgelegt. Er betonte, daß er von den Rürnberger Genossen als Lehrer für den Bau Nordbahnen engagiert und deshalb außerplan sei, während der sieben Wintermonate über im Kreise zu sein.

In der anschließenden Debatte sprach sich indes die Mehrheit der Delegierten für die Wiederaufstellung des Genossen Mauerbrecher aus, nur die Genossen Kunkel und Man, der die Redaktion der Märkischen Volksstimme vertrat, meinten, daß die Gründe Mauerbrechers für die Mandatsüberlegung Beachtung verdienen. Die Versammlung beschloß, die Kandidatur aus dem Genossen Mauerbrecher anzutragen.

Die Wahlkreisversammlung zu Mainz war von 11 Orten mit 51 Delegierten besetzt. Sie beschloß, künftig die Delegiertenwahl zum Parteitag durch Urabstimmung vorzunehmen.

**Personalien.**  
Genosse J. Brühns, bisher Parteisekretär für Oberhessen, geht bekanntlich als Redakteur nach Offenbach. Das Parteisekretariat für Oberhessen hat Genosse D. Hörsing in Weitzen, Kirchstr. 34, übernommen.

stimmig beantragt worden ist. Die Wähler O Munds und Liberalen werden übereinstimmend, daß für nächsten Sonntag eine Revue geplant sei. Der Seculo erzählt, daß die königliche Jagd am melia beständig unter Dampf gehalten wird, um im Augenblick der Gefahr den König und die königliche Familie in Sicherheit zu bringen.

**Lissabon, 24. August.** In den Cortes spielen sich gegenwärtig erregte Debatten über die Zivilliste ab, die der Regierung ihre Stellung gegenüber der öffentlichen Meinung auf äußerste erschweren. Die Klagen über die finanzielle Misere, die am Hofe getrieben wurde, und deren Folgen sich auch jetzt noch geltend machen, erzeugen im Volke auch neue tiefe Mißstimmung gegen die Dynastie. Mehrere aller Parteien greifen täglich die verantwortlichen wie die unverantwortlichen Mitglieder des Königs auf, und es fehlt den Ministern an Waffen, diesen vereinten Angriffen erfolgreich abzuwehren. Aus Abgeordnetentreffen ist jetzt die Forderung erhoben worden, daß die Zahl der Schlichter, deren Ueberzahl der Krone obliegt, beschränkt werde. Es würde genügen, besagt der Antrag, wenn König Manuel etwa drei Berater für den jeweiligen Aufenthalt des Hofes auswählte, die übrigen Schlichter aber zu nationalen Beratern dem Staat überließe.

Ein anderer Punkt, der dem Kabinett ernste Sorgen bereitet, sind die Zustände in den Kolonien. Es ist ein offenkundiges Versehen, daß in Portugiesisch-Besafrika die Heranzüchtung der Eingeborenen zu den Plantagenarbeiten unter Formen vor sich geht, die von Sklaverei und Sklavensjahren kaum zu unterscheiden sind. Die Führer der internationalen Antisklavereibewegung bedrängen schon früher verschiedene auswärtige Regierungen, dagegen in Portugal vorzugehen zu werden. Wie hier verlautet, steht für diesen Herbst wieder eine Mission bevor, welche darauf abzielt, die englische und die amerikanische Regierung zu einer diplomatischen Intervention zu veranlassen. Will die Regierung dem durch Reformen zuvorkommen, so muß sie die Truppen in Angola erheblich vermindern; dies aber ist nur unter beträchtlichen Geldausgaben durchführbar, die die Finanzen jetzt weniger als je gewährt. Das Kabinett bemüht sich nun, die Sache so gut es geht zu klären. Die Lage wird aber noch dadurch verwickelt, daß, wie schätzungsweise, Feinde der Verwaltung der portugiesischen Kolonien dort einen Putsch zu organisieren planen, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die dortigen Zustände zu lenken, die denen im Innern nicht nachsehen.

**Lissabon, 24. August.** Die Kammer hat eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die die Gründung einer Exportgesellschaft für die Portweine vorgezogen wird, der allein das Exportrecht zusteht, soll mit der Zustimmung, daß der Export unter Kontrolle der Regierung stattfindet. Im Ausland sollen Lager best. Faktoreien für den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte Portugals eingerichtet werden.

### Türkei.

**Konstantinopel, 24. August.** Bei der Pforte und in jungtürkischen Kreisen machte die Abberufung der 5 Regimentsangehörigen Offiziere wegen ihrer teilweise unzulässigen Wahrung eines ausgezeichneten Einbruchs. Auch die russischen und französischen Gendarmenoffiziere sind in die Hauptrolle ihrer Begleiter berufen worden, um beurlaubt zu werden. Von italienischer und englischer Seite wird die gleiche Maßregel beantragt.

**London, 24. August.** Wie das Reuters Bureau erzählt, ist die englische Regierung der Ansicht, daß die Frage der Stellung der fremden Offiziere in Moskau sowie jene Aktion, die etwa unternommen werden sollte, durch ein internationales Uebereinkommen entschieden werden müsse.

**Wien, 24. August.** Die Allg. Ztg. meldet aus Konstantinopel von heute: Heute zum ersten Male seit etwa 30 Jahren sind wieder zwei Infanteriebataillone zur Uebung unter der Leitung von Sultan Pascha aus. Truppen der 2. Division im Mittel wurden nicht herangezogen. Der Sultan gab jedem Mann der 2. Division 5 Pfund zum Geschenk.

### Rußland.

**Russische Revue.**  
Am 8. Juli d. J. erließ der Chef der Zwangsarbeitsanstalten in Petersburg, Oberst Sabello, folgenden Befehl:

„Am 11. Juni d. J. erließen 17 Anstalten des Ministeriums des Gefängnisses auf den Namen des Procurators des Kaiserl. Bezirksgerichts ein Verbot ein, in dem die Klagen erhoben gegen die Härte des Zwangsarbeitsregimes, und begleiteten dagegen, daß es den Chefs der Gefängnisse in der Reichshauptstadt Katorga laut Order vom 11. Mai d. J. vorgeschrieben ist, das obligatorische Singen von Gebeten nach dem Morgen- und Abendgebet in die Tagesordnung der Zwangsarbeiten einzustellen. Diese Befehle wurden dem Procurator dem Militärprocurator des Kaiserl. Bezirksgebietes übermittelt, worauf Er. Excellenz folgende Resolution erließ:

1. Es gibt keine bestimmten Strafbestimmungen, sondern nur solche, die strikte befolgt werden müssen.
2. Gebete gehören überall, wo Menschen leben, zur allgemeinen inneren Ordnung.
3. Wo das Gesetz es als zulässig betrachtet, schuldige Körperlich zu gültigen, kann das die Erläuterung des Gewissens nur fördern und stellt durchaus keine Verhöhnung des Christenmenschen dar.
4. Auf der Katorga werden keinerlei politische Parteien anerkannt und darum nicht als zulässig betrachtet.
5. Die „Freiheit“ wird in der Freiheit und nicht im Justizhaus bestritten, wo keine Freiheit gestattet wird.
6. In der Katorga gibt es keine „Bolschewiken“, sondern nur Anarchisten, die zur Verhöhnung und Zwangsarbeit verurteilt sind.
7. Jegliche „Komplikationen“, die im Gefolge entstehen, dürfen von der Administration derartige scharfe Maßnahmen wachrufen, daß eventuell das Wesen und Singen besser erscheinen dürfte.
8. Wo kein religiöser Glaube existiert, kann auch von religiöser Forderung keine Rede sein.
9. Dem Procurator ist nicht das Recht verliehen, sich in die innere Ordnung der Gefängnisse einzumischen.
10. Der Inhalt eines Strafbestimmungen ins Justizhaus geraten ist, der sollte sich nicht auf das Ministerische Manifest vom 30. Oktober 1905 berufen; es wäre besser gewesen, die Wohlthaten derselben vor der Gefängnisbehörde zu bestehen.
11. Klagen über ein strenges Regime werden von niemandem aus den Reihen der höheren Administration des Gebiets und Landes berücksichtigt werden.
12. Wer einmal ins Gefängnis geraten ist, soll dessen eingedenk sein, daß er sich nicht in Freiheit befindet.

Ich überlasse allen Gefängnisgefangenen hierdurch vor, obige Resolution allen Anstalten der ihnen anvertrauten Gefängnisse zur Kenntnis zu bringen.“

### Parteiangelegenheiten.

#### Zur Budgetfrage.

Im Hamburger Echo veröffentlicht Genosse Kaufmann folgende Erklärung gelegentlich eines Irrtums eines dem Parteitag zugegangenen Berichtes über die von ihm geäußerten Ansichten zu der Frage:



**Sozialdemokratischer Verein**  
für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Paul-Schubert-Str. 27, Dresden  
Sprechstunde: Montag bis Freitag  
von 10 bis 12 Uhr, Samstag  
von 10 bis 12 Uhr, Sonntag  
von 10 bis 12 Uhr.

**Gruppe Gittersee-Goschütz.**  
Sonntag den 30. August, mittags 12 Uhr, Besuch der Kunstausstellung unter Leitung des Kunstlehrers Herrn Schmidt. Eintritt von der Eisenbahn. Besondere Aufmerksamkeit den bei der Mittlere Kunst 12 Uhr. Eintrittsfrei a 5 Pf. sind beim Gittersee, Fisch- und Jagdgesellschaft, Goldschmied, Dresdener Straße, zu entnehmen. Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

**Gruppe Kaitz-Leubnitz.**  
Donnerstag den 27. August, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung** im Lokalitäten, Kaitz. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Wahl der Rechnungsprüfer, Wahl der Mitglieder. Eintrittsfrei. Die Gruppenleitung.  
Sonntag den 6. September **Herbstfest** im Gasthof Modritz.

**Freie Turnerschaft Dresden — Gruppe II.**  
Sonntag den 30. August, nachm. 2 Uhr  
im Erbgericht Klotzsche

**II. Gruppen-Turnfest**

Barbierturnen:  
Allgemeine Freilübungen, Musikerrigen-Turnen, Kampf- und Wettspiele, Kinderturnen, Inszenierungskonzert und Volkstanzleistungen aller Art. Von 4 Uhr an: **Grosser Ball**.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Turnrat.

**Restaurant A. Haufe**  
Friedhofstrasse 40, am St. Pauli-Friedhof.  
Abends 7 Uhr. — Programm 10 Pf. — Eintritt frei.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
A. Haufe.

**Grosses Gartenfest mit Militär-Konzert**  
ausgeführt von der Kapelle des Königl. Sächs. Train-Bataillons Nr. 12.  
Direktion: Herr Hauptmann Wandgraf.  
Abends grosse Illumination und feierliche Beleuchtung des Gartens.  
Anfang 7 Uhr. — Programm 10 Pf. — Eintritt frei.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
A. Haufe.

**Gasthof Wölfnitz.**  
Wilmshof den 26. August 1908, abends 8 Uhr

**Grosses Garten-Militär-Konzert**  
von der Kapelle des 2. Grenadier-Regiments No. 101. Direktion: L. Schröder.  
Gewähltes Programm.  
Eintritt mit Programm 10 Pf. — Zahlreichem Besuch ladet ein G. Wölfnitz.

Nur noch bis 31. August!  
Neues brillantes August-Programm!

**Sommer-Varieté Hammers Hotel**  
Dresden-Striesen  
Gaststätten der Striesenkolonien No. 1, 2 und 30.

The Srenlovs, Tanten. Herm. Konz, Gonorit.  
Horn & Horn, Orchester.  
Marga & Hilly Biss mit ihrem Transformationen-Act  
„Ein Walpurgisnacht“

The three Warringtons, Koseln, Krosch, Comb.-Akt.  
Las I Golondrinas, Interon, Musik und Gesang-Tänze.  
Anita Mannella, die „Amerikanische Nachmittags“, mit ihrem unvergleichlichen Stimmumfang.

The Seymours, Gentlemen-Komiker.  
Les Pereros, Pakt, Neuformationen von Pantomime-Talenten.  
Mad. Maxims Original-Creation „Das verhexte Restaurant“, Pantomime.

Anfang 8 Uhr.  
Sonntag und Montags 2 Vorstellungen: 4 und 8 Uhr.  
Nachm. halbes Preise. Vorzugsplätze (20 Pf. Ermässigung) Sonntags gratis. Günstigste.

**Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.**  
Sonntags feiner Residenz-Ball.  
Günstigste meinen Freund. Neben Ball als Vergnügungsorte für die Damen der Gesellschaft, Familien u. Vereinsveranstaltungen. Raum: bis 120 Personen.  
Watzke.

**Kufek**  
Tausendfach bewährte Nahrung bei:  
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.  
-Kindernahrung  
-Krankenkost

**Achtung! Leuben und Umgey!**  
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, Jakob, Paetillon, Gikalkter, Neue Zeit, in freien Stunden sowie auf alle Partien und Fachliteratur nimmt entgegen  
**Ernst Ettling**  
Buchhandlung  
Leuben, Bahnhofsstrasse 17.

**Bekanntmachung.**  
Meinen werten Kunden sowie dem verehrten Publikum von Dresden und Umgebung die ergebene Anzeige, dass sich mein

**Möbel- und Waren-Kredit-Haus**  
vom 1. September 1. J. ab  
**Wallstr. 2, I. Etage**  
direkt am Postplatz, neben der Markthalle  
befindet.  
Hochachtungsvoll  
**Carl Klingler.**

**Hochseefischdampfer „Thor“**  
der mit einem hochfeinen Fang heimgelommen, ist besonders empfehlenswert:

ff. Schellfisch „Helg.“ Pfd. 20 Pf.  
ff. Schellfisch „Helg.“ Pfd. 25 Pf.  
ff. Seelachs ohne Kopf Pfd. 15 Pf.  
ff. Goldbarsch Pfd. 18 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.  
Früh aus dem Haus:  
**Grosse englische Fettpöklinge**  
fein, fett, glänzende Qualität  
3 Stück 25 Pf., Kiste von 170 Pf. an.

Geräuch. Fludern, fett und gut 1/4 Pfd. 15 Pf.  
Geräuch. Seelachs 1/2 Pfd. 20 Pf.  
Neue mehrlreiche Kartoffeln  
10 Pfund 34 Pf.

**Neue Vollheringe**  
10 Stck 35, 45, 50 Pf., 100 Stck 325, 425, 475 Pf.  
Versand prompt gegen Nachnahme.

**Militär-Stiefel u. Schuhe**  
neu u. getausen, nur bei  
R. Nicolai, H. Kirchgasel

**Säuglinge**  
arbeiten am besten bei Thalysia-Nährfals-Gefarvies (in roten Packeten). Keine Verdauungsstörung, kein Brechdurchfall, ungelöstes Wohlbehagen. Billiger und besser als Kuhmilch-Erziehung. Preis: 1 Pfd. 1 Mark, 1/2 Pfd. 55 Pfennig.

**Gesundheitsregeln**  
zur Verminderung der Säuglings-Sterblichkeit mit Ausweiden und Anrechnungen bewährter Wege  
gratis  
Reformhaus Thalysia  
Dresden, Schloßstrasse 18.

**Der menschliche Körper (Anatomie)**  
Mit einem bunten, zerlegbaren Modell und 13 zum Teil fertigen Abbildungen  
Von Prof. Dr. Horn  
Preis 1.50 M.  
Neuer vollständiger  
**Taschen-Atlas**  
Mit 33 Haupt- und 16 Nebentafeln  
Preis 1.— M.  
Zu beziehen durch die  
Vollbuchhandlung  
Plene und gebrauchte Bücher  
Abnahme schlotter laune Mad.  
Kaufmann u. Zuberhor  
Grüne, Zwingerstr. 26, August.

**Frauen!**  
Verlangt das Buch: Die  
Erklärung der Periode  
von Dr. H. G. Schäfer.  
Gegen Einlieferung v. 1 M.  
Frau K. Freisleben  
Dresden I, Weißsch. 1.

**1 Maassanzug 16 M.**  
aus Stoffen und Partikeln.  
1 Polsterstuhl, 1 Stuhl, 1 Tisch, 1  
Küchen- u. Max Kacker, Ballber 116.

**Kautabak, stets frisch!**  
Samakka, 10 Pf., 10 St. 60 Pf.  
Dän. Bündel 8 10 50  
Ballen oder Stangen  
10 Pf., 10 45 Pf.  
Karl Müller  
Dresden-N., Königsfr. 9.

**Grosse Badewannen von 650 an.**  
**Grosse Sitzbadewannen 650 M.**  
bei Oswin Richter, Eisenhandlung, Cotta, Cosebader Str. 1

**Parteigenossen**  
empfehle ich meine vorzüglichen  
**Zigarren!**  
Wichtig für Wiesener. Kredit nach  
Lieferant. Preisliste grat. u. foto.  
Ernst Wenzel, Sehlend a. d. Spree.  
Alle Federbetten laufe stets  
Federreinigung, Kunitzstr. 12.

**Mitter putzen**  
Schiffmann v. I. M. an, Leib-  
binden und alle hygienischen  
Frauenartikel.  
Preisliste gratis. 15 Bros. Kabatt.  
**Frau Heusinger**  
Am See 37.  
Gute Dispositionen  
Man achte auf die Firma.  
Herren-Had, 1. of Spallstr. 11, 11.

**Herren-Wäsche**  
Krawatten, biane Anzüge  
kauft man am billigsten bei  
**E. Köhler, Am See 13.**

**Hüte**  
werden schön garniert und Federn  
geträufelt.  
Outblumen und Federn billig.  
**Ida Fleck**  
Kölzchenbrüder, Raubocherstraße 14.

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Einzelmitgliedschaft Dresden.  
Unseren Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser Kollege  
**Richard Scheinert, Schmied**  
am 22. August verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!  
Der Verbandsrat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Robert Gröschel, Redaktor bei Dresden.  
Verantwortlich für den Anzeigen-Teil:  
Richard Gröschel, Dresden.  
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.

**Dresdner Volkshaus**  
Ritzbergstr. 2 — Maxstr. 12  
Schützenplatz.  
Grosser preiswerter Mittagstisch  
Speisen in grosser Auswahl.  
Stamm à 80 Pf. früh und abends.

**Wo findet man internationalen Verkehr?**  
Im  
**Mühlhof**  
gegenüber der Annenkirche.  
Gute u. bill. Hebernachtung.  
**Gasthof zu den Linden**  
Vorstadt Cotta.  
Jeden Sonntag und Montag  
**Schneid. Ballmusik.**  
Billigste Tanzgelegenheit!  
Schneller Wirtenshall im herrlichen  
Garten.  
Der ein paar schöne Stunden zu  
leben will, besuche das  
**Restaurant „Kamerun“**  
Neu-Rochwitz.  
Jeder Besucher ist erhaben über die  
tönderbar schöne Musik. —  
Fellischer Lager. Kollischer Platz.  
Es ladet ergebend ein  
Gustav Sommer.

**Beim August**  
Friesengasse 2

**Vereine!**  
**Sommer-Feste!**  
Kultur. in Samson. Jetzt mit  
25 Bros. Rabat. Abdruckbügel.  
Tiere, Scherker u. u. u.  
billig. E. Koch N., Cottastr. 4, 1.

**Möbel u. Partiewaren**  
aller Art gegen bar u. Teil.  
Rügeln, Königstr. 25, 21.

**Flottor**  
**Vorrichter**  
welcher auch die Stemp-  
maschine bedienen kann,  
wird auch sofortigen An-  
tritt, event. auch später,  
geg. Wochenlohn gefahrt.  
**Max Tack**  
Schuhfabrik, Strassberg.

**Erklärung.**  
Unterschiedener beständig hiermit  
dass ihm der Schleifermeister Jentzsch  
immer in anständiger Weise entgegen-  
gekommen ist und nimmt hiermit  
die gegen denselben ausgesprochenen  
Beleidigung zurück.  
Abbau. Rudolf Gottwald.

Die beleidigten, ehrenwerten  
Gerichte, die über Herrn Karl Witzler,  
Geldmann, verbreitet worden sind,  
entsprechend Kenntnis des Falles.  
Ich bedauere sie ausserordentlich, da  
ich Herrn Witzler nichts Unrechtes  
hat nachfolgen kann. Antonie Schmidt.

Zurückgekehrt vom Wege  
unserer lieben Schwägerin  
Frau, Frau, Frau, Frau, Frau,  
drängt es mich, allen lieben  
Verwandten und Bekannten sowie  
dem Arbeitspersonal der Sig-  
nalfabrik Kios für den besten  
ehrenvollen Geleit zur letzten  
Ruhelage unseren herzlichsten  
Dank auszusprechen.  
Dresden - Ebertstr. 25. Au-  
gust 1908.  
In tiefer Trauer Antonie Schmidt  
und Frau nebst Geschwister.

**Richard Scheinert, Schmied**  
am 22. August verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!  
Der Verbandsrat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Robert Gröschel, Redaktor bei Dresden.  
Verantwortlich für den Anzeigen-Teil:  
Richard Gröschel, Dresden.  
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.



## Sächsische Angelegenheiten.

### Zur Budgetbewilligung in Sachsen.

Im Sächsischen Volksblatt, das aber noch immer keine Zeile von unserer Darstellung der früheren Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im sächsischen Landtage zum Budget gegeben hat, erklärt Genosse Goldstein eine Erklärung. Da wir zugelegt haben, alle Ausführungen früherer sächsischer Landtagsabgeordneter gern zu veröffentlichen, geben wir auch die Bemerkungen des Genossen Goldstein wieder, obwohl sie nicht an uns gerichtet und darin auch nicht viel Neues gesagt wird. Die Erklärung lautet:

Bedinglich zu den „Feststellungen“ des Genossen G. R. in der Dresdner Volkszeitung stelle ich hiermit nach Einsichtnahme der amtlichen Landtagsakten fest, daß in folgenden Sitzungsperioden der Etat und das Finanzgesetz für Sachsen einstimmig angenommen worden sind:

1884/85	vor dem Frankfurter Parteitag 1894
1887/88	
1890/91	
1893/94	
1898/99	vor dem Lübecker Parteitag 1901
1900/01	

Dann verstanden die Sozialdemokraten infolge des Dreiklassenwahlrechts aus dem Landtage; erst 1906/08 kam ich als einziger wieder hinein. In jenem Landtag habe ich verschiedentlich dafür gekämpft, dann öffentlich infolge einer erkrankten Polemik erklärt, daß ich Gegner der Bewilligung sei und im laufenden Jahre 1908 habe ich dagegen gekämpft. Weiteres der Genosse G. R. natürlich schiedlich wegzulassen. Man merke die Absicht:

Genosse G. R., der nach amtlichen Materialien zu zitieren behauptet, möge also nach den obigen Ziffern keine Aufstellung und ebenso keine in Nr. 194 der Dresdner Volkszeitung gegangenen Schlüsse berücksichtigen.

Genosse G. R. will mit seinen Enthüllungen die Angriffe der norddeutschen Genossen gegen die sächsischen wegen deren bewiesenen Disziplinbruchs abschwächen, da tritt er sich aber.

Bewiesenen Disziplinbruch kann er den sächsischen Genossen bei ihren in der Vergangenheit liegenden Abstimmungen nicht vorwerfen, ebensowenig Verdrängung des Parteivorstandes, wie solches seitens der Sächsischen im gegenwärtigen Streitfall geschehen. Gerade diese beiden Punkte stehen zurzeit im Vordergrund der Polemik.

In Sachsen ist man bei der Budgetabstimmung vor Frankfurt von verschiedenen verschiedenen Erwägungen ausgegangen, die mir nicht mehr voll erinnern sind. Jedenfalls gehörten aber die in den Frankfurter und Lübecker Debatten über die Budgetabstimmungen vorgetragenen kaum dazu.

Es wäre besser gewesen, die Standpunkte, die auf beiden Parteitagen in Resolutionsform niederschrieben worden sind, schon Mitte der abgelaufenen Jahre einzubringen und in diesem Sinne bei Budgetabstimmungen in Sachsen und in anderen Bundesstaaten, in denen sozialdemokratische Abgeordnete saßen, prinzipielle Erklärungen abzugeben, dann wären G. R.'s „Enthüllungen“ völlig unnötig gewesen. Jedenfalls sind aber die sächsischen Genossen im Landtag bis zum Frankfurter Parteitag bezüglich ihrer Abstimmung geblieben. Nach Frankfurt, besonders aber nach Lübeck, fällt die Entscheidung fort. Da befinden sich plausible Gründe im Sinne der Lübecker Resolution 110 Abs. 8 her. Sachsen kommt nach Lübeck gar nicht mehr in Frage, außer 1906, wo jedoch eine bewusste Absicht, zu kritisieren, gar nicht bestand. Wohl aber in Süddeutschland. Und da hat nach 1906 Baden und Bayern gegen, Württemberg dafür gestimmt. Im laufenden Jahre aber haben in bewusster Absicht und Uebereinstimmung die Genossen in allen drei Volksvertretungen für das Budget und das Finanzgesetz gestimmt, und die Badenener ebensowenig dem Parteivorstand Aufschluß verweigert. Also die bewusste Absicht der Parteivorstandshaltung gegen die Lübecker Resolution und die Geheimhaltung vor dem Parteivorstand haben die Entzweiung der norddeutschen Genossen (G. R. und einige andere Genossen ausgenommen) gegen die Süddeutschen hervorgerufen. Dieser Umstand hat Genosse G. R. bei seinen Ausdrücken zugunsten der Süddeutschen übersehen. Offenlich holt er dieses Uebersehen nunmehr nach.

Hätte Genosse Goldstein nur einige maßgebende Sätze aus meinem Artikel Budgetbewilligung und Parteitradition zitiert, wäre sein Resonnement gar nicht möglich gewesen. Unsere Ausführungen über die frühere Haltung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Sachsen sollten dazu dienen, nachzuweisen, daß die Budgetbewilligung niemals Parteitradition gewesen ist und daß nach dem früheren Verhalten der Sozialdemokratie zur Budgetabstimmung in Sachsen keine Rede mehr davon sein könne, daß die Budgetbewilligung einem Aufgeben des Klassenkampfes gleichkomme. Bedinglich den Uebertreibungen und dem Gerede über Verträge gegen Parteitradition und das Prinzip sollte durch unsere Feststellungen ein Ende bereitet werden.

Wenn Genosse Goldstein mich auffordert, meine Feststellungen nach seinen Angaben zu berichtigen, ist ihm zu erwidern, daß dazu gar kein Anlaß vorliegt. Was ich feststellte habe, halte ich aufrecht bis auf das Rückwärts über dem J. Genosse Goldstein bestätigt ja auch nur, daß ich recht hatte, meine Darstellung wird aber dadurch nicht unrichtig, wenn G. R. keine Zeit oder Gelegenheit hatte, seine atemmäßigen Feststellungen seit 1880 zurück zu verfolgen. Anlaß zu Berichtigungen hat aber Genosse Goldstein, denn vier von ihm angeführte Landtagsbeschlüssen haben gar nicht in den Jahren getagt, die er angibt, sondern immer ein Jahr früher. Dadurch sind auch einige Sessionen in seiner Aufstellung ganz ausgelassen worden. Im übrigen sei dem Genossen Goldstein noch gesagt, daß ich niemals angeweifelt habe, daß er 1906 gegen den Etat gestimmt hat. Wenn er es aber wünscht, will ich es ihm noch extra bestätigen.

Bemerkenswert ist noch, daß die Erklärung Goldsteins in gewissem Widerspruch zu der Gewissen steht. Letzterer versucht die Zustimmung zum Budget in Sachsen als ein Verstummen hinzustellen. Genosse Goldstein betont aber, daß man vor Frankfurt bei der Zustimmung zum Budget von verschiedenen verschiedenen Erwägungen ausgegangen sei. Also um kein Verstummen, um keine bloße Verstummen handelt es sich, sondern um ein bewußtes Verhalten, das sogar vorher erwogen worden ist.

Am Sonnabend hat auch die Leipziger Volkszeitung zur sächsischen Budgetbewilligung Stellung genommen. Sie versucht sich in noch gewagteren „taktischen Wendungen“ wie Genosse Geyer. Es ist nämlich da unter anderem zu lesen:

Unsere sächsischen Genossen haben nicht für den Etat gestimmt, wie Genosse G. R. behauptet, sie haben freilich auch nicht immer dagegen gestimmt, wie sie es hätten tun sollen, sie haben überhaupt nicht abgestimmt, und die formale Ordnung der Abstimmung im sächsischen „Parlament“, die anders ist als im Reichstage, ist es ermöglicht, daß infolge dieser Unterlassungslünde im Westfalen

dann von einer „einstimmigen Annahme“ des Gesamtetat die Rede ist. Um nun den sächsischen Budgetbewilligern zur Hilfe zu kommen, macht der Genosse G. R. aus der Unterlassungslünde eine Begehungslünde und erklärt einfach: die Sächsischen haben immer für den Etat gestimmt, was natürlich die Sachlage vollständig auf den Kopf stellt.

Es ist eine mehr als lächerliche Behauptung, die nur die größte Verlegenheit erzeugt haben kann, zu sagen, die Sozialdemokraten im sächsischen Landtage hätten früher überhaupt nicht gestimmt. Das haben sie aber zweifellos getan. Nach dem Abstimmungsmodus im sächsischen Landtage muß jeder, der gegen eine Vorlage stimmen will, aufstehen, wer sitzen bleibt, stimmt dafür. Die Sozialdemokraten sind aber zweifellos in den mir angegebenen Jahren sitzen geblieben, haben also dafür gestimmt. Auf so lächerliche Herausforderungen, wie sie die L. V. anwendet, sollte man doch schon im Interesse der früheren sozialdemokratischen Vertreter im Landtage verzichten. Uebrigens fällt auch die sonderbare Leipziger Argumentation schon durch die oben erwähnte Erklärung Goldsteins in sich selbst zusammen, wonach man wenigstens vor Frankfurt bei der Stellungnahme zum Budget von verschiedenen verschiedenen Erwägungen ausgegangen wäre.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die von einigen Seiten bei und geltend gemachte Annahme, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten früher im Landtage ihre ablehnende Stellungnahme zum Gesamtetat durch eine Erklärung dokumentiert, unzutreffend ist. Denn in den Landtagsakten ist von solchen Erklärungen nichts zu finden. Sie müßten aber in den stenographischen Berichten enthalten sein, wenn solche erlassen worden wären.

Aber noch bedeutendere „taktische Wendungen“ versucht die Leipziger Volkszeitung am Sonntag in der Rubrik „Aus der Partei“. Da heißt es in einer Polemik gegen die Frankfurter Tagespost:

Um freilich dieses „Kamuffier“ (wie Fr. Z. behauptet, selbst Leipziger Genossen hätten für den Etat gestimmt) fertig zu bekommen, unterläßt die Zeitung den ersten Teil der Leipziger Erklärung, in dem ausdrücklich konstatiert wird, daß bis 1896 die sozialdemokratische Landtagsaktion Sachsen auch formell korrekt gehandelt und den Etat abgelehnt hat. 1896 aber traten die Leipziger Abgeordneten aus dem Landtage aus, wie man nicht bestreiten kann, und für die Zeit nach 1896, als also Genosse Geyer dem Landtage nicht mehr angehörte, erklärte er, im Augenblick nicht konstataren zu können, ob die legitimierte Fraktion ebenfalls korrekt gehandelt habe oder nicht.

Das ist völlig unrichtig. Selbst dem Genossen Geyer ist es nicht eingefallen, zu behaupten, daß bis 1896 von den sozialdemokratischen Vertretern der Etat abgelehnt worden sei. Das ist nur 1894 und 1896 geschehen. Vor dieser Zeit ist der Etat einstimmig angenommen worden. Aber auch vor 1894 saßen schon Leipziger Genossen im sächsischen Landtage.

### Ehescheidungen in Sachsen.

Im Dresdner Anzeiger veröffentlicht Dr. Kollmann einen Artikel über die Ehescheidungen in Sachsen, aus dem sich ergibt, daß die Ehescheidungen stark zugenommen haben und daß Sachsen verhältnismäßig mehr Ehescheidungen als andere Staaten aufweist. Die Untersuchungen erstrecken sich besonders auf die Jahre 1905 und 1906.

„Dah man sich — so führt Dr. K. aus — durchweg an das Mittel der zwei genannten Jahre, so erfolgten 1418 Ehescheidungen mit Einschluß der Ungültigkeits- und Nichtigkeitserklärungen. Das macht 1,67 auf 1000 vorhandene Ehen oder, zieht man die 25 nicht erklärten Ehen ab, 1,64 pro Tausend. In diesen Zahlen gibt sich ein ganz beträchtliches Wachstum gegen eine Zeit zu erkennen, die nur 25 Jahre zurückliegt. Demnach — 1881 bis 1885 — erfolgten doch bloß 828 Ehescheidungen jährlich, 1886 bis 1890 waren es schon 966 und 1896 bis 1900, kurz vor Einführung des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs, 1190. Und seither machte die Zunahme rasche Fortschritte, so daß das Jahresmittel von 1901 bis 1905 — ohne Nichtigkeitserklärungen — bereits 1325 betrug. Allerdings muß man die gewaltige Bevölkerungszunahme, die Sachsen inzwischen erfahren hat, in Rechnung ziehen. Doch auch unter diesem Gesichtspunkt hat sich die Häufigkeit der Ehescheidungen gehoben. Denn 1881 bis 1885 kamen erst 1,54 auf 1000 bestehende Ehen gegen 2,14 in der Gegenwart. Uebersehen darf freilich nicht werden, daß inzwischen auch das geltende Gesetz eben durch das Bürgerliche Gesetzbuch eine Veränderung erfahren, daß diese in ihrem tatsächlichen Erfolge zu einer Erleichterung der Ehescheidungen geführt hat, zumal durch die Bestimmung, nach welcher solche da statthaft erklärt sind, wo nach der ganzen Lage der ehelichen Verhältnisse dem benachteiligten Gatten der Verbleib in der Gemeinschaft nicht mehr zugemutet werden kann.

Bemerkenswert ist, daß auch die konfessionelle Verschiedenheit der Gatten verhältnismäßig häufig Ursache der Ehescheidung ist. Denn bei gleicher Konfession betragen die Ehescheidungen nur 1,82, bei gemischter Konfession 3,49 auf 1000. Bei dem überaus zunehmenden Ateismus macht es aber noch viel aus, welches dieser ist. Während nämlich die Ehescheidungsziffer bei Evangelischen 1,67 ist, beläuft sie sich bei Katholiken auf nicht mehr als 0,67 pro Tausend.

Was nun schließlich die Scheidungsursachen betrifft, so bestanden solche:

	in	Anzahl	Proz.
Ehebruch	in	639	45,10
Dowelsche	in	2	0,10
Uebervorteiliger Umgang	in	2	0,10
Verheiratung	in	4	0,28
Unbilliges Verhalten	in	242	17,06
Mißhandlung	in	170	12,00
Trunksucht	in	69	4,84
Freiheitslust	in	68	4,80
Sonstiger Verstoß der Ehe	in	169	11,20
Geisteskrankheit	in	37	2,61
Nichtigkeitserklärung	in	28	1,98
von der Gesamtheit:			
durch Schuld des Mannes	in	890	62,87
der Frau	in	426	30,10
beider	in	100	7,03

Zu dieser Aufstellung bemerkt der Verfasser des Artikels, der allerdings in jeder Ehescheidung ein Unglück zu erblicken scheint, während tatsächlich vielfach Unglück dadurch verhütet oder beseitigt wird, folgendes: Die Ziffern zeichnen ein trübes Bild. Bereits der kleineren Hälfte aller Ehescheidungen lag Ehebruch zugrunde. Um am nächsten, wenn auch schon weniger als halb so oft vorkommend, erscheint Unbilliges Verhalten. Darauf folgen Mißhandlung, wie allgemeine Furcht des ehelichen Lebens, beide noch etwas über ein Fünftel der Gesamtzahl umfassend. Schließlich zurück stehen bereits Trunksucht und Freiheitslust, während die übrigen Anlässe nur seltene Erscheinungen waren.

Frägt man weiter nach dem schuldigen Teil, so fällt die Antwort ebenfalls zu ungunsten der Männer aus: während in einem Fünftel der Fälle beide Gatten belastet sind, werden im übrigen jene doppelt so oft von der Schuld betroffen als die Frauen. Darauf werden nicht nur natürliche Anlässe, auch Erziehung, gesellschaftliche Verhältnisse und Stellung ihren Einfluß geübt haben. Wie die

mit mehr Schamhaftigkeit ausgerüstete, mehr zu Frömmigkeit und Beherrschung erzogene Frau schärferer Beurteilung unterliegt, ist sie durch ihre Bestimmung mehr auf die Häuslichkeit hingewiesen, deren Bestand sie eher zu erhalten bestrbt ist, schon weil, wenn dieser vermisst, ihr eine gemeinlich peinlichere Lage bereitet wird. Die gegenüber für den offenen Lebenskampf des Lebens berufener Männer, schon von Jugend auf weniger gebunden, erlangen dadurch bald ein gesteigertes Kraftgefühl, das sie verleiht, auf die Mädchen herabzusehen. Und später im Verkehr mit dem anderen Geschlecht werden sie von diesem verhöhnt und dazu verführt — zumal nach dem Umgang mit leichtlebigen Geschöpfen — anspruchsvoller und selbst brutaleres Benehmen den Frauen gegenüber anzunehmen, das einst keine Schatten in die Ehe hineingetragen und, wo Verlassung und andere Mibrigkeiten hinzutreten, leicht unheilbare Zwistigkeiten herbeiführen ansetzen. Was man es nun so aber anders deuten, jedenfalls besteht die Tatsache, daß für den Mann der weit überlegene Schuldanteil durchweg vorliegt, was auch im einzelnen die Ursache gewesen ist. Ganz besonders aber gilt das von der Mißhandlung, der Trunksucht und den Freiheitslust. Weniger fällt es schon beim Ehebruch auf, wo sich 306 schuldige Männer und 190 solche Frauen gegenüberstanden, dazu 78 Fälle, in denen die Schuld bei beiden Teilen lag. Am meisten noch trifft die Frauen das Verschulden bei böswilligen Verlassen: 108 gegen 198 Männer. Doch auch hier verbleibt diesen das Uebergewicht.

So gemährt die Statistik der sächsischen Ehescheidungen eine hülfreiche Aufschlüsselung; die bedeutungsvollsten aber sind: daß sie als bedauerliche Begleiterscheinungen einer regen wirtschaftlichen und überhaupt gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, sondern auch im Vergleich zu anderen deutschen Ländern eine besonders ansehnliche Ausdehnung erreicht haben.

**Chemnitz.** Die Untersuchung gegen Emandus Schubert, den Schreiber der gegen die hiesige Ortskrankenkasse und deren Vorstandsmitglieder gerichteten Broschüre, die feinerzeit zu großen Unruhen erregte, ist abgeschlossen. Die Verhandlung wird aber erst nach den Gerichtsferien stattfinden. Diese soll in der weitesten Öffentlichkeit tagen. Der große Schwurgerichtssaal soll dafür vorgezogen sein. Schubert sitzt wegen Verdachts der Erpressung schon den achten Monat in Untersuchungshaft.

**Löbau.** Eine Frau hatte in einem Gemeinewald, ohne Erlaubnis dazu zu haben, Waldmeister gesammelt. Das Löbauer Schöffengericht verurteilte sie deswegen zu vier Wochen Gefängnis. Und ein solches Urteil wegen ein paar Handvoll Waldmeister.

**Leipzig.** Als dieser Tage die Kasse des Postbeamten in Moskau bei Leipzig revidiert werden sollte, hatte der Expedient S. den Schlüssel vergessen. Er begab sich angeblich nach Hause, um den Schlüssel zu holen, kehrte aber nicht zurück. Bei der Revision stellten sich größere Unregelmäßigkeiten heraus. Der Expedient ist verhaftet.

**Leipzig.** 180 Parteigenossen, welche den Vogelwettbewerb nicht „verloren“ wollten, unterzogen am vergangenen Sonntag eine Partie nach der idyllisch gelegenen Buchmühle bei Oberau, und von dort nach der Spitzgrundmühle Coswig, wo man bei einem Ländchen noch lange pulsammen blieb. Wegen die Parteigenossen sich auch zu einer Parteiarbeit so jährlich zusammenschließen.

**Leipzig.** Kleine Nachrichten aus dem Lande. In dem Warendorfstaatsprozeß wurde vom Bauern Landgericht der Reinschankmeister Köhner aus Nauwalde wegen schwerer Fehlleistungen zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Diebstahl wurde in der Fabrik von Köhler in Wehring durch den Werkmeister Kammgesser begangen, der bei der Entdeckung Selbstmord verübte. — Auf dem Schacht zum weichen Hirsch in Schöneberg kürzte Kommandant früh der Bergmann Gaudner beim Anfahren 25 Meter in die Tiefe. Er erlitt einen Beinbruch und schwere Verletzungen am Kopf. — Schwere Verunglückung durch Abwurf von einem Wagen, den er selbst lenkte, der 40jährige Kaufherr Hartmann in Bittau. Hartmann ist übergelandet worden. Er hat schwere Querschnitte des linken Oberarmes, mehrere Rippenbrüche und vermutlich auch innere Verletzungen erlitten. Hartmann ist verheiratet und Vater von sechs Kindern, die sämtlich noch nicht der Schule entwachsen sind. — In Reinschank bei Hoffen brühte sich der 16jährige Schwimmschüler Langemann aus Burkersdorf ein Mädchen im Gesicht auf und zog sich dabei eine Blinddarmlähmung zu, welche seinen Tod herbeiführte. — In Schönewitz verübte ein 14jähriger Schullehrer einen schweren Einbruch bei einem Stellmachersmeister. Als der Krabe später als Täter entdeckt und ihm das entwendete Geld zum Teil wieder abgenommen worden war, ergriff ihn eine blinde Wut. Er versuchte, das Haus des Stellmachers anzuzünden; glücklicherweise wurde das im Entzweien begriffene Feuer rechtzeitig entdeckt und gelöscht.

## Stadt-Chronik.

### Zur Sonntagsruhe im Bäder- und Konditorgewerbe.

Vor kurzem hatte der Gemeindevorstand von Neuhau-Neuhof an die Amtshauptmannschaft Dresden-Mittstadt eine Eingabe gerichtet, die Verkaufszeit der Bäder und Konditoren an Sonntagen, die jetzt bis 4 Uhr nachmittags festgesetzt ist, bis 6 Uhr abends auszuweihen. Begründet wurde die Eingabe damit, daß jetzt viele Ausflügler, die sich gern nach mit Waldmaren versehen würden, nach 4 Uhr schon geschlossene Bäder vorfinden. Das sei für diese Leute unangenehm, den Geschäften leuten aber entginge eine hübsche Einnahme. Es wurde dann noch auf Dresden verwiesen, wo die Bäder und Konditoren den ganzen Sonntag über bis in die späte Nacht verkaufen dürften. Der Bezirksausschuß beschloß zunächst, die Dresdner Bäder-Zwangsunng zu hören, ob sie damit einverstanden wäre, daß auch in Dresden die Bäder- und Konditorläden an Sonntagen um 6 Uhr geschlossen würden. Man hatte nämlich der Eingabe eine gewisse Berechtigung nicht absprechen können, vertrat jedoch die Meinung, daß, wenn man überhaupt auf eine anderweitige Befreiung der Verkaufszeit zukommen solle, diese einheitlich für den ganzen Bezirk der Kreis-hauptmannschaft Dresden einschließlich der Residenz erfolgen müsse. Inzwischen ist nun die Dresdner Bäder-Zwangsunng gehört worden; diese hat sich gegen jede Befreiung der Verkaufszeit ausgesprochen. Die Zwangsunng zu Tharandt wünscht den sechs-tägigen Ladenabschluss, aber einheitliche Regelung, während sich die Zwangsunng zu Dresden für Beibehaltung der jetzigen Verkaufszeit (bis 4 Uhr nachmittags) erklärt hat. Der Bezirksausschuß hat nun trotz der Haltung der Dresdner Zwangsunng beschlossen, bei der Kreis-hauptmannschaft dahin vorzutragen, daß für den ganzen Regierungsbezirk ausnahmslos die Verkaufszeit im Bäder- und Konditorgewerbe an Sonntagen bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt wird.















## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

(Schluß.)

### Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

für die Zeit vom August 1907 bis Ende Juli 1908.

Das letzte Geschäftsjahr hat sich durch wichtige Kongresse und Konferenzen ausgezeichnet, welche der Betätigung der Genossinnen mannigfaltige Anregungen brachten und neue Aufgaben aufwies. Sie seien daher an erster Stelle erwähnt. Die Tagung der Ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz war unzweifelhaft ein bedeutendes Ereignis für die sozialistische Frauenbewegung aller Länder. Sie fand vorwiegend dem internationalen sozialistischen Kongress statt und trat am 19. August 1907 in Stuttgart zusammen. Diese Konferenz war ein erster Versuch, die sozialistische Frauenbewegung aller Länder zusammenzuführen und entsprechend dem einen Ziele, das sie überall erreicht, geschlossen in Reich und Glied der großen sozialistischen Internationale zu stellen. 15 verschiedene Nationalitäten nahmen durch insgesamt 50 Delegierte an ihr teil; die deutschen Genossinnen waren durch 14 Delegierte vertreten; außerdem waren als Gäste Vertreterinnen des jüdischen Frauenbundes in Rußland, der Petersburger Sozialdemokraten, der organisierten Arbeiterinnen von Lodz und eine Arbeiterin aus Bombay anwesend.

Die Erste internationale Frauenkonferenz hat, so hoffen wir, nicht nur einen äußeren und vorübergehenden Erfolg gehabt. Sie hat die sozialistische Frauenbewegung aller Länder in einer wichtigen Frage, der der Erhaltung des Frauenstimmrechts, auf den Boden einer stark abgegrenzten grundsätzlichen Auffassung gestellt und ihrer einschlägigen Aktion feste Richtlinien gegeben. In diesem Sinne zu wirken war aber nichtig, ja notwendig, weil die Wahlrechtskämpfe in allen Ländern immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Lebens rücken und weil damit die Frage des Frauenwahlrechts zunehmende praktische Bedeutung für die sozialistischen Parteien aller Länder gewinnt. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung überall ist auch der erste Schritt, den die Konferenz zu ihrer weiteren internationalen Verbindung getan hat. Mit der regelmäßigen gegenseitigen Information mußte auch die Möglichkeit, in kritischen Fragen von Anfang an eine allgemeine Verständigung und damit eine Einheitsfront der Aufstellung und Aktion, wie auch wechselseitige Unterstützung herbeiführen zu können. Die Konferenz beschloß, eine Zentralstelle für den internationalen Austausch von Informationen einzusetzen. Ihr sollen die organisierten Genossinnen aller Länder Nachrichten, Berichte usw. einreichen über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern sowie über Ereignisse, welche von Wichtigkeit für sie sind für die Interessen der Arbeiterinnen sind. Die Zentralstelle soll diese Informationen veröffentlichen und den angeforderten korrespondierenden Organisationen übermitteln. Die sozialistischen Frauenorganisationen, welche sich in dieser Weise mit dem internationalen Sekretariat der Genossinnen in Verbindung setzen wollten, hatten für die einschlägigen Arbeiten eine internationale Korrespondenz zu ernennen. Als Sitz der internationalen Zentralstelle wurde von der Konferenz zunächst Deutschland bestimmt, und zwar hier die Redaktion der Gleichheit, die bereits die meiste internationale Fühlung hatte, davon abgesehen, daß die Gleichheit als die geeignetste Stelle für die Veröffentlichung der internationalen Korrespondenzen erschien, weil sie das sozialistische Frauenblatt ist, das in den meisten Ländern von Genossinnen gelesen wird. Es ist bis jetzt gelungen, eine mehr oder minder regelmäßige Verbindung mit sozialistischen Frauenorganisationen in folgenden Ländern herzustellen: Österreich, Böhmen, Schweiz, Holland, Belgien, England, Finnland, Dänemark, Vereinigte Staaten von Nordamerika (Organisationen deutsch und englisch sprechender Genossinnen). In der Gleichheit lassen sich die aus den verschiedenen Ländern einlaufenden Korrespondenzen verfolgen. Die nächste internationale sozialistische Frauenkonferenz soll wieder in Anbetracht des allgemeinen internationalen sozialistischen Kongress stattfinden.

Die Wirkung der internationalen Frauenkonferenz zeigte sich sofort auf dem sehr wichtigen internationalen sozialistischen Kongress, der am 18. August 1907 in Stuttgart eröffnet wurde. Auf seiner Tagesordnung stand ebenfalls die Frauenstimmrechtsfrage, und es erwies sich sehr rasch, daß von diesem Punkt die Frauenkonferenz ganz erheblich vorgearbeitete hatte. Er trat ihrer grundsätzlichen und tatsächlichen Stellungnahme durchaus bei, deren Schwerpunkt in der entschiedenen Verurteilung des beschränkten Frauenwahlrechts liegt, wie in der Verurteilung der sozialistischen Parteien aller Länder, die Wahlrechtskämpfe im Parlament wie außerhalb desselben mit allem Nachdruck auch für das aktive und passive Frauenwahlrecht einzusetzen. Zu beklagen ist, daß der Beschluß der internationalen Kongresse nicht ein Teil der englischen Genossinnen nach wie vor für ein beschränktes Frauenwahlrecht eintritt. Bemerkenswert ist, daß die deutschen Genossinnen zum internationalen sozialistischen Kongress durch zwölf Delegierte vertreten waren. Leider aber konnte die deutsche Delegation zwei Genossinnen, die aus Sachsen delegiert waren, die Wanderte, weil sie die Form der Wahl nicht billigte. Jedoch ist erfreulicherweise dieser eine Einigung mit den Genossinnen zustande gekommen, die den Genossinnen der verschiedenen großen Agitationsgebiete in Zukunft auch ein Mandat für den internationalen Kongress gibt.

Die Aufforderung der Vertrauensperson der Genossinnen, Delegierte zum Parteitag in Offen zu entsenden, fand gutes Gehör. 19 weibliche Delegierte nahmen an ihm teil, die regen Anteil an den Verhandlungen nahmen. Nachdrücklich wurde auf diesem Parteitag aufs neue betont, wie notwendig es sei, an der Auffassung und Organisierung der Arbeiterinnen zu arbeiten und sie als geschulte Streikkräfte dem Herz der Klassenkämpfe zuzuführen.

Unter dem Vorzeichen der Dienstbotenbewegung machte sich unter dieser ganz besonders realistische Arbeiterbewegung eine gemeinsame Kampfbewegung notwendig, welche die Agitation in sich selbst und die sie fördern wollten. Die Dienstbotenkonferenz berief am 19. November 1907 eine außerordentliche Frauenkonferenz nach Berlin ein, die von 25 Delegierten besucht war. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, wie dringend notwendig die Konferenz für die weitere Entwicklung der Dienstbotenbewegung war. Die Berichte aus den verschiedenen Gebieten Deutschlands ließen nur gut zu verstehen, daß die Dienstbotenbewegung nur dort Aussicht auf Erfolg verheißt, wo die allgemeine sozialistische Bewegung bereits eine bestimmte Höhe erreicht hat und die sozialistische Frauenbewegung in geschulten Genossinnen die systematisch tätigen Kräfte für die nötige agitatorische Arbeit stellt. Allseitig wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Stellenvermittlung von der Dienstbotenorganisation selbst in die Hand genommen werden müsse, sie erweise sich dann als Maßstab der Bewegung. Auch die Bedeutung des Dienstbotenrechts wurde anerkannt. Er fand seine Würdigung zunächst als wichtiges Agitationsmittel, das geeignet sei, der Organisation zahlreicher Kampfbewegungen zu geben. Des Weiteren wurde aber

auch seine Bedeutung als Mittel anerkannt, die Geschlechterordnung auszuhalten und die Lage der Dienenden zu heben. Der Stand der Bewegung drängt aber bereits nach einheitlichem Zusammenstoß. Die Konferenz wählte eine fünfgliedrige Kommission mit dem Sitz in Hamburg, welcher die Aufgabe zugewiesen wurde, die Zentralisation wie den Anschluß an die Generalkommission in die Wege zu leiten. Beschlossen wurde ferner, daß ein einheitliches Organ für die Dienstbotenorganisationen zu schaffen sei. Die Konferenz stimmte der Anregung zu, die Gleichheit durch Zuzugung eines bestimmten Teils so auszugestalten, daß sie auch den besonderen Ansprüchen der Dienstbotenorganisation Rechnung trage und das folgerichtig ausgestattete Blatt als deren Organ einzuführen. Die eingesezte Kommission hat ferner im Sinne ihres Auftrags beraten und sich betreffs der weiteren vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung der Zentralisation mit der Generalkommission in Verbindung gesetzt. Der Sechste Kongress der Generalvereine Deutschlands zu Hamburg hat sich seinerseits ebenfalls mit der Dienstbotenbewegung beschäftigt. Er nahm einstimmig eine Resolution an, welche die Generalkommission beauftragt, den Gewerkschaftsstellen die Förderung der Dienstbotenbewegung anzupropagieren und eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über eine einheitliche Agitation zu beraten. Die Resolution ist ganz im Sinne des Ziels ausgefallen, das der außerordentlichen Frauenkonferenz gesetzt war.

Die Organisation der Genossinnen ist ganz erheblich durch eine hatliche Reihe von Provinzial- und Bezirkskonferenzen der Genossinnen gefördert worden. Überall fanden sie im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Parteiorganisationen statt, die auch durch Vertreter an ihnen teilnahmen. Die Unterzeichnete wohnte solchen Tagungen besonders dann bei, wenn es sich darum handelte, die Genossinnen in Gebieten zu beraten, wo die proletarische Frauenbewegung noch rückständig war, oder wo aus anderen, besonderen Umständen das Eingreifen der Zentralvertrauensperson notwendig erschien. Die Provinzial- und Bezirkskonferenzen haben sich als ein gutes Mittel erwiesen, ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Genossinnen verschiedener Orte einerseits, ihr Einbinden in die Kampffront der Genossinnen andererseits zu fördern.

Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat ist mit altem Eifer, aber auch der besten Organisation mit größerem Erfolge als früher betrieben worden. Agitationsstunden wurden veranstaltet im Rheinland, Königreich Sachsen, in der Provinz Sachsen, in Hannover, Thüringen, Pommern, West-, Ost- und Westpreußen. Es fanden außerdem unzählige Einzelveranstaltungen statt. In Württemberg, Baden und Hessen haben die leitenden Genossinnen in Vereinbarung mit der Unterzeichneten größere Agitationsstunden zur Aufrechterhaltung und Gewinnung des weiblichen Proletariats veranstaltet. Sie hatten guten Erfolg. Vielerorts wurde der Grund gelegt zu häufiger Agitations- und systematischer Aufklärungsarbeit unter den Frauen des Volkes. Soweit die äußerst schwierigen Verhältnisse es gestatteten, ist auch die Agitation unter den Landarbeiterinnen und Landarbeiterinnen nicht vernachlässigt worden.

Wie bisher, so haben auch im letzten Jahre die organisierten Genossinnen es für ihre Pflicht gehalten, sich an allen Kämpfen und Aktionen der Sozialdemokratie zu beteiligen. Das aber in Verfolgung des doppelten Zweckes, einmal diese Kämpfe und Aktionen selbst zu fördern, dann aber auch sie der Aufrechterhaltung und Aufklärung immer neuer Massen der weiblichen Bevölkerung nutzbar zu machen und sie für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen. Hervorragenden Anteil haben in diesem Sinne die Genossinnen an den verschiedenen Stadien des Wahlrechtskampfes in Preußen genommen, also auch an den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus.

Ein anderer Kampf des Klassenbewußten Proletariats noch wichtiger eine energische Beteiligung der Genossinnen. Der Kampf um ein einheitliches und freies Vereins- und Versammlungswort, in dessen Vorberetung die Sozialdemokratie seit Jahren getrieben hat. Der Gegenstand der Regierung auf einem Reichstagesbeschluss enthält zwar eine Verbesserung. Es möchte der politischen Unmöglichkeit des weiblichen Geschlechts auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts ein Ende und wollte gleiches Recht für beide Geschlechter schaffen. Allein es wies schwere Mängel auf, die in schroffem Widerspruch zu den Interessen und Forderungen der Arbeiterklasse standen. Die Genossinnen sind von der Gemeinsamkeit des Interesses des weiblichen und männlichen Proletariats tief überzeugt. Das Recht, das ihr Geschlecht endlich erhielt, weil es ihm nicht länger vorenthalten werden konnte, möchte sie nicht blind für das neue Unrecht, das ihrer Klasse zugefügt werden sollte. Sie begriffen daher die Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zusammen die Stimme protestierend, fordernd zu erheben. Der Vorteil, den das Vereinsgesetz den Frauen bringt, das Recht zur politischen Organisation, wird von den Genossinnen ausgenutzt werden. Mit aller Kraft werden sie die politische Organisation der Arbeiterinnen durch Beitritt zur Sozialdemokratie zu fördern suchen, damit sie immer mehr politische Rechte, damit sie endlich auch das Wahlrecht erringen.

Der sozialpolitische Gesetzentwurf der Regierung, welcher nicht einmal für alle Fabrikarbeiterinnen ausnahmslos den 9. und 10. Stundenarbeitstag festlegte, war eine neue Probe auf das Exempel. Er rief die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterbewegung auf die Schenken. Die Genossinnen mühen in dem Kampf für eine gründliche Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in den ersten Reihen stehen. Um dem Willen der proletarischen Frauen nach Bekämpfung der Arbeitszeit ungewöhnlichen Ausdrucks zu geben und den Gedanken unter die Massen zu tragen, hat die Zentralvertrauensperson den leitenden Genossinnen aller Orte ein Biokular zugestanden, das den Regierungsentwurf kritisch beleuchtete und zugleich die Forderungen anführte, welche von der sozialdemokratischen Fraktion seit Jahren in Sachen des gesetzlichen Arbeiterschutzes gestellt worden sind. Die veranstalteten Versammlungen haben unzweifelhaft in großen Kreisen des Proletariats das Verständnis für den Wert eines gründlichen gesetzlichen Schutzes geweckt, wie auch den Willen, einen solchen dem herrschenden Klassen abtrotzen zu wollen. In diesem Zusammenhang muß auch eines erwähnt werden über die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterin, welche die Gleichheit im Einvernehmen mit der Unterzeichneten veröffentlicht hat. Es entspricht einem längst gefühlten Bedürfnisse. Sehr viele Arbeiterinnen kennen die Bestimmungen der Arbeitverordnung und der Bundesratsbeschlüsse nicht, die sie ein wenig gegen die kapitalistische Ausbeutung ihrer Kräfte schützen. Das von Genossinnen verfaßte Biokular gibt in leicht faßlicher Form eine Zusammenfassung der wichtigsten einschlägigen Vorschriften, und wird daher eine willkommene Hilfe für die Fabrikarbeiterinnen wie für die Arbeiterinnen sein, die weibliche Mitglieder haben und die Arbeiterinnen befähigen wollen, bewußt ihr Recht zu verteidigen und ihre Interessen zu wahren.

Bemerkenswert in diesem Bericht werden, daß unsere Genossinnen tief von der Überzeugung durchdrungen sind, wie notwendig und bedauerlich die gewerkschaftliche Organisation ist. Mit gutem Gewissen kann gesagt werden: es gibt keine politische, aufgetakelte Genossin, welche dem eine sozialistische Agitation, die nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit, bei jeder politischen Agitation für die gewerkschaftlichen Propaganda machte und sich ganz be-

sonders bemühte, ihnen die Arbeiterinnen zuzuführen und die Arbeiterinnen über ihre Bedeutung aufzuklären.

Die Bestrebungen zur Klärung, Festigung und Vertiefung der theoretischen Schulung der Genossinnen haben im Berichtsjahre keinen Stillstand erfahren. Als erwiesen darf festgestellt werden, daß die Les- und Diskussionsabende sich als ein vorzügliches Mittel zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen bewährt haben. Ihre Zahl ist dabei fortwährend im Steigen begriffen und ihre Gründung ist vielfach auch dort von den Genossinnen angezogen und gefördert worden, wo die Genossinnen Mitglieder der Parteiorganisation sein können. Auch die Zahl der Teilnehmerinnen an den Les- und Diskussionsabenden ist in den meisten Orten gewachsen. Durch eifriges Studium haben sich in ihnen Genossinnen Kenntnisse und Gewandtheit angeeignet, um nun ihrerseits als Lehrere oder auch als Diskussionsvordenkerinnen, als Referentinnen in kleinem Kreise wirken zu können. Wenn auch die Entwicklung der Bildungsvereine kein gleich einheitliches Bild zeigt, so muß doch festgestellt werden, daß auch sie gedeihen und Wertvolles leisten sobald sie unter Berücksichtigung der grundsätzlichen und praktischen Gesichtspunkte gegründet worden sind und geleitet werden, welche von der Vertrauensperson zu Mainz aufgestellt worden sind. Solche Bildungsvereine, auf die das zutrifft, sind durch das reaktionäre gestaltete Reichstagesgesetz neue wichtige Aufgaben angewiesen worden. Die Entdeckung der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre die es ausspricht, verpflichtet die Genossinnen, sich noch mehr als bisher um die Erziehung der proletarischen Jugend zu bemühen. Die Frauen müssen befähigt werden, als Mütter ihre Kinder daher in sozialistischem Geiste zu erziehen und dadurch dem reaktionären Einfluß der Schule und nach der Schule bürgerlichen Veranlassungen freitrag entgegenzuwirken. Nach dieser Richtung hin können aber die Frauenbildungsvereine Bedeutendes leisten und Aufgaben erfüllen die außerhalb des Rahmens der politischen Organisation liegen. Damit nicht genug. Sie können unter bestimmten Umständen auch Einrichtungen schaffen, die der gemeinsamen Bildung und Erziehung der Kinder im schulpflichtigen wie im nachschulpflichtigen Alter dienen. Beweist haben Bildungsvereine begonnen, sich in diesem Sinne zu betätigen. Sie sorgen dafür, daß die Kinder an den schul freien Nachmittagen oder Sonntags auf Land, in den Wald kommen und dort unter Aufsicht von Genossinnen spielen und versorgt werden. Eine andere Einrichtung hat der Berliner Frauenbildungsverein getroffen. Er hat eine Jugendabteilung für Mädchen gegründet. In bestimmten Zwischenräumen finden Veranstaltungen zur Beförderung und Unterhaltung der weiblichen Jugend statt. In anderen Orten noch haben sich den Bildungsvereinen der Genossinnen weibliche Jugendabteilungen angeschlossen.

An dem vom Bildungsausschuß der Partei in vielen Orten angeregten und organisierten Fortschritten und in Anlehnung an diese haben fast überall auch Genossinnen sich beteiligt. Die Unterzeichnete hielt es für praktisch, die Genossinnen durch ein Rundschreiben auf diese Veranstaltungen hinzuwirken an ihnen die Adressen der betreffenden lokalen und provinziellen Bildungsausschüsse mitzuteilen. Die Genossinnen wurden dadurch in den Stand gesetzt, sich zeitig genug orientieren und an den für sie so sehr nötigen Veranstaltungen zur besseren Durchfuhrung beteiligen zu können.

Von Einrichtungen der Genossinnen, die einem ganz bestimmten praktischen Zwecke dienen, seien die Kindererziehungsmissionen erwähnt. Auch sie sind in größerer Anzahl als im Vorjahre vorhanden. In den Orten, wo die Genossinnen in letzter Zeit eine solche Kommission gegründet haben, zählt Berlin Bielefeld Gießen durch diese Kommissionen geschaffen, wie mancher Kinder dank ihrer das Leben erträglich gestaltet werden kann, geschweige denn aus dem Verdriss hervor, den die Dresden Kindererziehungsmission der Genossinnen veröffentlicht hat. Sie hat eine geradezu beispiellose Wirksamkeit entfaltet, die sowohl das soziale Empfinden und Versetzen wie die hingebende Energie der Genossinnen zum Ausdruck bringt. Die Kommission hat nicht bloß in diesen Einzelfällen zum Schutze von Kindern eingegriffen, sie sucht auch beim Schutze darauf zu wirken, daß in Zukunft den Kleinen keine Erlaubnisfahne mehr zum Christhandel erteilt werden. Der Stadtrat verspricht, die Forderung zu beraten, und unsere Genossinnen werden rechtzeitig daran erinnern, daß das geschieht. Auch in anderer Beziehung sind die Genossinnen vieler Orte für das Recht der Kinder eingetreten. Den Beschlüssen der Wandener Konferenz und der Preussischen Parteitage entsprechend, haben sie, soweit andere wichtige Aktionen es zuließen, für die Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten eine fleißige Propaganda entfaltet und dadurch das Vorgehen der Genossinnen in den Gemeindevertretungen unterstüzt. Die Agitation der Genossinnen zum Schutze der Kinder hat sich auch auf Forderungen auf Fürsorge und Pflege für Säuglinge erstreckt.

Es ist dieses Jahr leider nicht möglich, durch Zahlen das Wachstum und den Stand der verschiedenen Organisationen der Genossinnen zu belegen und dadurch gleichzeitig ein ganz genaues Bild der Tätigkeit zu geben, die sie auf verschiedenen Gebieten entfaltet haben. Die zum Zwecke ziffermäßigen Nachweises von der Unterzeichneten verfaßten Fragebogen sind bis jetzt nur spärlich zurückgekommen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß von dem Tage an, wo ein Reichstagesgesetz in Aussicht stand, das den Frauen das Recht zur politischen Organisation gewährte, auch die Frage des Beitritts der Genossinnen zu den Parteiveren eine praktische aktuelle Bedeutung gewann. Überall begann man die gemeinsame Organisation vorzubereiten. Die proletarische Frauenbewegung trat in der Folge in ein Ubergangsstadium, dem es zuzuschreiben ist, daß die Fragebogen mit den genauen Angaben über die Tätigkeit der Genossinnen der einzelnen Orte und die Zahl der Organisierten nicht pünktlich einliefen.

Dank der Unerschütterlichkeit der Genossinnen hat die sozialistische Literatur in immer neuer und größerer Fülle der proletarischen Frauenwelt eindringen können. An erster Stelle muß da die Verbreitung genannt werden, die unsere Gleichheit erzielte hat. Sie erscheint jetzt in einer Auflage von 85 000 und hat mindestens die doppelte Anzahl Leserinnen und Leser. Ihre steigende Verbreitung kommt unstreitig mit auf Rechnung der Zunahme an weiblichen Mitgliedern in solchen Gewerkschaften, welche für diese das Blatt als Nebenorgan eingeführt haben. Besonders muß da der Textilarbeiterverband genannt werden, der laut Erklärung von beiderseitiger Seite auf der letzten Generalversammlung das Ziel verfolgte, die Arbeiterinnen nicht bloß zu seinen Gewerkschaftlerinnen, sondern auch zu durchgebildeten Sozialistinnen zu erziehen. Aber der großen Arbeit der Genossinnen selbst ist es nicht weniger zu verdanken, daß der Textilarbeiterverband der Gleichheit ständig wächst. — Die Agitation durch Broschüren ist im Berichtsjahre selbstverständlich nicht vernachlässigt worden.

Die Gesamteinnahme der Zentralstelle betrug 8060,46 Mark, davon 6588,90 M. an Beiträgen, 1521,54 M. für Broschüren und Flugblätter. Die Gesamtausgabe belief sich auf 9288,66 Mark. Sie verteilt sich wie folgt: Allgemeine Ausgaben 1460,00 M., Broschüren 4845,11 M., für Agitationsstunden 1858,50 M., Druck und Post 1125,05 M. Die Ausgaben haben die Einnahmen um 1228,20 M. überstiegen. Um den fehlenden Betrag zu decken, ist die benötigte Summe von den 5000 M. abgehoben worden, die Gewinne der Zentralstelle für die Zwecke der proletarischen Frauen-



betreugung überlassen hat. Pücher und Rufe sind überhäufiglich von den Rednern erhört und in voller Ordnung gefunden worden.

Das Inkrafttreten des Reichsgewerkschaftsgesetzes bedeutet für die proletarische Arbeiterbewegung einen neuen, wichtigen Wendepunkt. Es braucht nicht länger Sonderorganisationen der einzelnen Gewerkschaften zu geben, sondern werden die Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaften als Arbeiter betrachtet. Die bisherige Organisation der Gewerkschaften ist nicht mehr der Arbeiterbewegung als Ganzem dienlich, sondern nur der Interessen der einzelnen Gewerkschaften. Die neue Organisation ist eine einheitliche Organisation der Arbeiterbewegung als Ganzem. Die neue Organisation ist eine einheitliche Organisation der Arbeiterbewegung als Ganzem. Die neue Organisation ist eine einheitliche Organisation der Arbeiterbewegung als Ganzem.

**Organisationsverhältnisse.**

1. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisationen ihre Liste beizubringen.
2. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
3. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
4. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
5. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
6. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
7. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
8. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
9. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.
10. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.

**Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.**

**Der Montillit mit den Manufakturieren.**

Der Montillit ist ein wichtiges Ereignis für die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Parteiorganisationen zu unterstützen und die Parteiorganisationen zu unterstützen.

verpflichtet, wurde unter stürmischem Protest abgelehnt, wie auch der noblen Amerika-Linie der Vorwurf gemacht wurde, sie zahle niedrigere Löhne als kontraktlich stipuliert sei. Nur sieben Vertreter der Arbeiter die Befestigung der „Unverletzlichkeit“ bezüglich der Nacht- und Feiertagsarbeit, wozu die Kontraktarbeiter ein bedeutender Lohnausfall erwachsen würde. Auch dies wurde zurückgewiesen, worauf Dr. Dager mit Entschiedenheit neuer Arbeiter drohte, die eine Kommission, die dies aber nicht trügliche, sondern wählte eine Kommission, die einen neuen Kontrakt ausarbeiten und dem Fabrikbetriebsverein vorlegen soll. Das Verbot steht aber nur einer neuen Verammlung zu.

Eine neue Forderung, die da den „Serven von der Walfarm“ erteilt worden ist.

**Inland.**

**Unternehmerterrorismus.**

Am Spätmittwoch Lithographiegebiet (späteren Nürnberg und Angolstadt) über die Unternehmer, die eine Monopolstellung haben, da der Lithographische Arbeiter in jeder Hinsicht geschützt wird, und die daher sämtlich zu Meidung gelangt sind, während die Arbeiter in den anderen Industriezweigen noch einem unerbittlichen Terrorismus ausgesetzt sind. Sie haben sich zu einem „Zentralverband der Lithographischen Industrie“ zusammengeschlossen, der jede wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter in den Steinbrüchen mit den brutalsten Mitteln zu unterdrücken sucht. Es ist u. a. vereinbart, daß jeder Arbeiter, der ohne Erlaubnis seines „Vorgesetzten“ das Arbeitsverhältnis löst oder als „unzüchtig“ entlassen wird, von allen übrigen Arbeitern bis zur Dauer eines halben Jahres ausgeschlossen bleibt. Die christliche Gewerkschaft, der die Mehrzahl der etwa 1500 Arbeiter angehört, hat gegen diesen Ausbaugebietsterrorismus noch nicht einmal einen schärfsten Versuch unternommen, der Zentralverband dagegen hat jetzt, um zu sehen, ob im Lande noch wirklich die Selbstregulierung existiert, die Staatsobermacht aufgefordert, gegen das übermäßige Unternehmertum vorzugehen, das sich inzwischen wieder einen terroristischen Akt geleistet hat. Bei der Firma Pfeiffer u. Söhne wurde ein Arbeiter, weil er nicht den verlangten Anbauverordnungen leistete, entlassen, was für ihn eine sechsmonatige Ausperrung bedeutete. Darauf legten in spontan aufwühlender Empörung sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, obwohl nur ein kleiner Teil dem Zentralverband angehört. Der Zentralverband hat nun die Generalausperrung angedroht, wenn nicht bis Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird.

**Ausland.**

**Reifenausperrung in Dänemark.**

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat dem 20. Januarverbot der dänischen Gewerkschaften am Donnerstag von neuem eine Reifenausperrung angekündigt. Sie soll am Montag den 31. August durchgeführt werden und soll auf 10 Betriebe und Industriezweige über das ganze Land erstrecken. Die genannten und ungenannten Mitglieder der Eisenindustrie, der Holzindustrie, der Lederindustrie, der Seidenindustrie, der Schiffbauindustrie, der Textilindustrie, der Papierindustrie, der Maschinenbauindustrie und der Eisenindustrie usw. sollen an jenem Tage auf die Straße gesetzt werden. Da die Arbeitgebervereinigung namentlich in letzter Zeit vor keinem Mittel zurückgewichen ist, und auch den letzten Unternehmer und Gewerkschaften zum Verzicht zu zwingen, wird die ausgesprochene Ausperrung, die als der erste Schritt zu einer Generalausperrung angesehen werden muß, mindestens 25 000 Arbeiter umfassen — wenn sie durchgeführt wird. Als Grund dieser neuen Generalausperrung wird angegeben, daß das auf Vorschlag des Reichstages beschlossene Arbeitsverbot von den Arbeitern nicht respektiert wurde. Folglich liegt die Schuld an, daß die Gewerkschaften am Montag die Arbeit wieder aufnehmen, die übrigen Gewerkschaften, die Eisenindustrie und Papierindustrie am Dienstag, die Holzindustrie und die Seidenindustrie am Donnerstag, die Lederindustrie am Freitag und die Maschinenbauindustrie am Samstag. Am Dienstagabend sind allerdings noch fünf Mann bei der Firma Tsch. u. Söhne in Dänemark ausbleibend; dieser kleine Rest wird jedoch durch örtliche Verhandlungen beigegeben werden können. Somit haben alle Arbeiter, die an dem letzten Montag die Arbeit wieder aufnehmen werden, die Schuld an der Ausperrung eines Gewerkschafters Schmidt zum Ziele, der sich weniger als hochmütig, vielmehr aber durch brutales Auftreten gegen die Arbeiter auszeichnet. Dieser Streit soll nach dem Arbeitsverbot dadurch gelöst werden, daß ein unparteiisches Schiedsgericht zu entscheiden hat, ob jener Schmidt — übrigens ein Deutscher — zum Arbeitsverbot gezwungen ist oder nicht. Unter dieser Voraussetzung liegt zunächst die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Schuld an der Ausperrung aber lasten den Vorschlag ab und beschließen, das erste Mal in ihrer Geschichte zu streiken. In einer zweiten Verammlung wurde der Beschluß mit 458 gegen 100 Stimmen, in einer dritten Verammlung mit 407 gegen 337 Stimmen gefaßt. Der Zentralverband hat auf den 28. August einen außerordentlichen Verbandstag zur Klärung der Sachlage einberufen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaften binnen wenigen Tagen dem abgemachten Verbot der Reifenausperrung des Gewerkschaftsverbandes gemäß, ebenfalls die Arbeit wieder aufnehmen werden, wodurch auch der letzte Grund zu einer Reifenausperrung beseitigt würde.

**10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.**

**Händler-Verbandstag.**

Die Debatte über den Punkt Agitation in der Wäscheindustrie wird fortgesetzt und bringt viel Interessantes über die tatsächlichen Verhältnisse in dieser Branche.

Wett-Präsident a. M. berichtet, daß in den Wäschereien in Frankfurt viele Arbeiterinnen bei schwindender Arbeitszeit nur 20 Pf. pro Tag verdienen. Und in einer Korsettfabrik sei eine Arbeiterin für dreiwöchige Arbeit mit einem Lohn von 3 M. hinausgeschickt worden. Von Vanzlau in Schleien berichtet: Scherz-Präsident, daß bei der Arbeiterinnen bei neu- bis einwöchiger Arbeitszeit 60 Pf. bis 1,50 M. pro Tag verdienen. Ungläubig schmerzt es, daß sich gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter, deren Löhne und Frauen in der Wäscheindustrie tätig sind, nicht besser bemühen, ihre Angehörigen in die Organisation hineinzubringen.

Der vom Referenten vorgelegte Resolution wird einstimmig angenommen.

Ueber die Entbindung der Tarifverträge in unserer Branche ist Herr Dr. W. v. B. berichtet. Er skizzierte die Entstehung der Tarifverträge und sprach dann die abschließende Tarife. Der Abschluß von Tarifverträgen erfolgte in den letzten Jahren ganz normal. Im Jahre 1904 hatte der Verband 43 Tarifverträge abgeschlossen, im Jahre 1905 waren es schon 95, 1906 135, 1907 217 und am 1. Juli 1908 276. Die Tarifverträge betreffen sich auf 7570 Betriebe mit 69 000 Personen. Mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverband, der 1907 befristet eingeleitet die einzelnen Bestimmungen, die im Tarifverträge werden müssen, dem Tariflohn sollte in Zukunft bei Wählung von Tarifen mehr Rücksicht genommen werden, und

behandelt kann die kritischen Punkte bei Tarifverträgen mit dem Adm. Das mit dem Adm. abgeschlossene Tarifvertragsschema konnte für beide Teile nur von Vorteil sein. Der Regelung eines Einheitslohns über das ganze Reich können große Vorteile entgegengebracht werden. Voraussetzung muß sein, daß die Lohnverhältnisse in den einzelnen Orten sich gleichen. Das wäre aber heute nicht der Fall und die Frage des Einheitslohns noch nicht gelöst. Aus dem Adm. handelt es sich besonders um die Frage der Lohnverhältnisse der Tarifverträge auf die Hauptstädte. Er schließt in dieser Hinsicht, in der großen Agitation der Arbeiter, daß den Tarifverträgen folgende Resolution, die vom Vorstand dem Verbandstag unterbreitet wird:

Der 10. ordentliche Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter schließt sich mit dem Adm. getroffenen Vereinbarungen vom 31. Januar und 21. November 1907, unter Berücksichtigung des Entwurfs 14. Art. 1 des Entwurfs, einverstanden. Die Delegierten erklären ferner, daß sie die Übernahme der bereits abgeschlossenen oder in nächster Zeit abzuschließenden Tarife durch die Hauptstädte nicht prinzipiell ablehnen, jedoch diese Frage zurück noch nicht genügend gelöst erschien. Es sind aber auch bei der Aufstellung, daß die Tarife durch die Hauptstädte dieselbe Wirkung hat, weil die Tarifverträge überhaupt keine Wirkung für die Aufrechterhaltung und Durchführung der Tarifverträge mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzuwirken. Der Vorstand ist ermächtigt, mit dem Vorstand des Adm. weitere diesbezügliche Verhandlungen zu führen.

Stimmen der Delegierten sind zunächst die Verhandlungen des Reichs, insbesondere über Tarifverträge, Gewerkschaften und Arbeitervereine zu berücksichtigen. Dann werden die zu diesem Punkte gehörenden Verhandlungen mit Hinweis auf die Resolutionen über die Aufnahme der Tarifverträge auf die Hauptstädte. Der Lager Tag der Arbeiterresolution falls davon gesprochen werden: Der Vorstand ist ermächtigt, in allen Hinsichten, die den Tarifverhältnissen betreffen, auch fernwärtig die notwendigen Verhandlungen zu führen. Fernwärtig-Berichterstatter wird, daß die Verhandlungen auch mit der Zeit kommen werden. Es mußte aber auch die Frage unterbreitet werden, ob der Arbeitgeberverband fähig ist, sich zu unterwerfen, daß sein Mitglieder die Vereinbarungen beschließen. Wenn die Arbeiter durchgesetzt wird, dann müssen die Verhandlungen, daß die Arbeiter unabhängig sind, die Tarifverträge einfließen.

Kaufmann-Wunden berichten, daß von letzter Sitzung eingetragene Resolution. Der Antrag 3 in dieser Resolution, der sich mit der Verwirklichung des Arbeiterverbandes in Verbindung zu setzen, um eine Änderung des zweiten Teiles der Arbeiterresolution 1 mit dem Arbeitgeberverband dahingehend herbeizuführen, daß die gewerkschaftliche Partei verpflichtet ist, die wesentlichen Gegenstände (insbesondere innerhalb vier Wochen nach erfolgter Klärung auch über die eingetragenen oder auf der Grundlage der bestehenden Tarifverträge der anderen Partei zu verhandeln).

Stolz-Schulz hat wieder sehr scharf gegen Doppelarbeit und befürwortet einen Antrag, nach dem der Vorstand mit dem Adm. Vereinbarungen treffen soll, wenn dem einzelnen Arbeitergehälter wird, nur bis zu einem zu bestimmtem Prozentsatz für Arbeiter, Gehaltsarbeiter zu beschließen. Dieser Antrag ist am 10. Jahr zu Ende erreicht werden.

Die weitere Diskussion ist sehr ausgefallen. Sie dreht sich hauptsächlich um den Punkt Übernahme der Tarifverträge durch die Hauptstädte, d. h. daß an Stelle der bisherigen Verhandlungen die Hauptstädte die verdinglichenden Verträge übernehmen sollen. Im Prinzip sind die Arbeiter wohl für die Übernahme, sie sind aber der Ansicht, daß diese Frage noch nicht genügend gelöst und der geeignete Moment dafür noch nicht gekommen ist. Eine Stelle, die sich auch gegen Doppelarbeit, d. h. daß ein Arbeiter in zwei Betrieben nach zwei Klassen arbeiten lassen kann, wird vorgeschlagen, daß Vorarbeiten für die Einführung von Bezugs- und Arbeitslohn getroffen werden sollen.

Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet, und es ist die eingeleitete Kommission über die Arbeitern nicht erledigt ist, jedoch das Referat über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Unternehmensebene eingeleitet. Der Referent hat sich über die verschiedenen Seiten und weiß nicht, wie er sich in der Unternehmensebene betätigen soll, die Arbeiter in den Verhandlungen bei Resolutionen betreiben gelassen wird. Ein wichtiges Beispiel hierfür sei ein Verbot beim O. Knechtel in Köln. In den dortigen Verhandlungen habe ein Antrag, während der Verhandlung zu einer Verammlung eingeladen und sei deshalb ohne Kenntnis entlassen worden. Die Wählerverwaltung habe daraufhin die Verammlung abgelehnt.

Von Einseitigkeit sind Personen ausgeschlossen, die sozialdemokratischen oder sozialistischen Bestrebungen verfolgen, jedoch, aber von denen vorausgesetzt ist, daß sie den Frieden zwischen der Arbeiter- und den Arbeitern oder den Arbeitern unterstützen sollen.

Im Verleumdungsamt in Kiel mühten die Arbeiter der Einstellung ein dringliches Verbot nicht nur für ihre Person, sondern auch für ihre Frau und Kinder vorlegen. Weiter berichtet, daß die verschiedenen Seiten und weiß nicht, wie er sich in der Unternehmensebene betätigen soll, die Arbeiter in den Verhandlungen bei Resolutionen betreiben gelassen wird. Ein wichtiges Beispiel hierfür sei ein Verbot beim O. Knechtel in Köln. In den dortigen Verhandlungen habe ein Antrag, während der Verhandlung zu einer Verammlung eingeladen und sei deshalb ohne Kenntnis entlassen worden. Die Wählerverwaltung habe daraufhin die Verammlung abgelehnt.

Vergänglich der von Reich, Staat und Gemeinde zu vergebenden Arbeiten ist der Verbandstag der Arbeiter, daß es Pflicht der Arbeiter ist, diese Arbeiten in eigenen, allen Möglichkeiten und technischen Anforderungen entsprechenden Verhältnissen unter Einwirkung der am Orte bestehenden Tarifverträge und Gewerkschaften, die die Arbeiter nicht erfüllt sind, es ist Pflicht der Arbeiter, die Arbeiter nur an solche Unternehmer zu vergeben, welche die vorgeschriebenen Bedingungen in jeder Weise erfüllen. Die Unternehmer sind verpflichtet, alle in Submissions- und Leistungsbedingungen vorzunehmenden Tätigkeiten als Material zu sammeln und durch den Hauptverband der sozialdemokratischen Reichsgewerkschaft sowie den Hauptverband der sozialdemokratischen Reichsgewerkschaft und unteren Vereinen in den Kommunen zur geeigneten Verwendung zu überweisen.

Von einem Bericht vom Gewerkschaftsamt wurde abgelesen und gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Der Verbandstag erklärt sich mit dem 6. Gewerkschaftsamt gefaßten Beschlüssen einverstanden.“

Zum Punkt Internationaler Arbeiterkongress, die am nächsten Montag in Frankfurt a. M. beginnt, hat Schiller-Werlin ein länges Referat. Er schildert die internationalen Beziehungen, die durch die Konferenz noch weiter ausgebaut werden sollen.

Schiller-Werlin begründet den Antrag, daß auf der Konferenz darauf hingearbeitet werden soll, das Unbehagen der Arbeiter in den internationalen Sekretariats angeführten Unternehmensebenen einseitlich zu gestalten. Der Antrag wird den Delegierten zur Befürwortung mit auf den Weg gegeben. Ein Vorschlag des Vorstandes bezüglich der Delegation wird abgelehnt.

Dann erstattet Schiller-Werlin den Bericht der Statutenberathungskommission. Nach dem Vorschlag dieser Kommission stimmt der Verbandstag u. a. folgenden Anträgen zu: „Der Reichsverband der Arbeiter anderer Organisationen kann unter Anwesenheit der gewählten Mitglieder erfolgen.“ „Das Eintrittsgeld wird belassen und solchen Kollegen, die nach beendeter Tätigkeit gleich dem Verbande beitreten, erlassen.“

Der Bericht wird dann abgelesen und die Beschlüsse verlesen.